

Dokumentation

Fachtag zur Beschulung versorgungsintensiver Kinder – Problemlagen und Bedarfe

Durchgeführt am 12.09.2023

Stephanus-Stiftung Berlin

Albertinenstraße 20

13085 Berlin

Unterstützt und gefördert von:



Ausgangslage

Viele Berliner Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sind befristet oder dauerhaft vom Schulbesuch ausgeschlossen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, ebenso die Auswirkungen, die diese Situation auf die Schüler:innen selbst und ihre Familien haben. Auch die Schulen sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, wenn sie Schüler:innen mit sehr spezifischen gesundheitlichen oder pädagogischen Bedarfen bilden, begleiten und versorgen sollen, denen sie aus unterschiedlichen Gründen nicht immer gerecht werden (können). Mit dem Fachtag soll die derzeitige Situation der Beschulung versorgungsintensiver Kinder in Berlin beleuchtet und ein Austausch zwischen den verschiedenen Beteiligten angeregt werden. Es werden die Herausforderungen und Bedarfe genauer aufgezeigt und miteinander diskutiert sowie gemeinsam Ideen für zukünftige Modelle des Schulbesuchs dieser Schüler:innen entwickelt.

Leitfragen: Wie müsste Schule sein, damit alle sie besuchen können?

Wie kann schulische Teilhabe für versorgungsintensive Kinder ermöglicht werden?

150 Teilnehmende aus den Bereichen:

Senatsverwaltung, Politik, SIBUZ – Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren, Schulen, Jugendämter, freie Träger der Eingliederungs- und der Jugendhilfe, Elternselbsthilfe, Berliner Pflegestützpunkte und viele mehr.

Programm

9.00 Uhr Begrüßung

- Grußwort von Dr. Ellen Ueberschär, Vorstandsvorsitzende Stephanus-Stiftung
- Grußwort von Christine Henke, Staatssekretärin Bildung, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Inhaltliche Einleitung des Fachtags, Nils Groß, Fachbereichsleitung Ambulante Dienste Björn Schulz Stiftung

9.30 Uhr Warum Schule für wirklich Alle wichtig ist, Prof. Dr. Sven Jennessen, Humboldt-Universität zu Berlin

10.00 Uhr Blick auf die Berliner Situation, Silke Groth, Fachstelle MenschenKind

10.30 Pause

10.45 Uhr Einblick in die Situation der Familien, Jane Morgenthal, Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e. V.

11.15 Uhr Einblick in die Situation der Schulen

Sabine Bretschneider, Heinrich-Zille-Grundschule

Martin Gwiasda, Schule am Königstor

12.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr Gemeinsame Arbeit in Themenecken

- Perspektive auf versorgungsintensive Kinder
- Perspektive der Familien
- Perspektive der Schüler:innen
- Perspektive der Leistungserbringenden
- Perspektive der Teilhabefachdienste
- Schulersatzmaßnahmen?
- Perspektive der Schule
- Offener Raum

14.30 Uhr Pause

14.45 Uhr Kurzinput Estin S. Ohm, Autvocacy – Neurodivergenz - positive Beratung und Bildungsarbeit

14.45 Uhr Podiumsdiskussion

Mit Klaus-Jürgen Heuel (Senatsverwaltung Bildung), Klaudia Kachelrieß (GEW), Jane Morgenthal (Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e. V.), Thomas Kasper (Teilhabefachdienst Jugend Pankow), Martin Prinz (Stephanus-

Stiftung), Estin S. Ohm (Advocacy – Neurodivergenz - positive Beratung und Bildungsarbeit)

15.45 Uhr Verabschiedung

16.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Inhalt

Warum Schule für wirklich Alle wichtig ist.....	7
Blick auf die Berliner Situation	11
Einblick in die Situation der Familien	13
Einblick in die Situation der Schulen.....	14
Inklusive Schwerpunktschule für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung..	14
Inklusive Schwerpunktschule für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und Autismus.....	14
Schule mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt körperliche-motorische Entwicklung	15
Dokumentation der Themenecken.....	16
Perspektive auf versorgungsintensive Kinder.....	16
Perspektive der Familien	20
Perspektive der Schüler:innen.....	26
Perspektive der Leistungserbringenden	28
Perspektive der Teilhabefachdienste	30
Schulersatzmaßnahmen?.....	34
Perspektive Schule.....	35
Offener Raum.....	38
Fazit und Handlungsanforderungen	51

Einleitung des Fachtages

Nils Groß

Aus einem Treffen der Fachgruppe Kinder, Jugendliche und ihre Familien des Hospiz- und PalliativVerband Berlin e. V. zum Thema Beschulung und anschließenden Gesprächen mit der Elternselbsthilfe ist ein Fachtag entstanden, der sich vertieft mit der Beschulung von versorgungsintensiven Kindern und jungen Menschen beschäftigt. Wir nehmen zudem die Kinder und jungen Menschen aus dieser Gruppe in den Blick, die eine Schnittstelle zum Autismus aufweisen.

In Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention heißt es: Menschen mit Behinderungen sollten „gleichberechtigt mit anderem Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben“. Eine Bertelsmann-Studie aus Juni 2022 zieht aus einer bildungsstatistischen Analyse das Fazit, dass es eine Reihe von Bundesländern gibt, die sich seit dem Beitritt Deutschlands 2009 zur UN-Behindertenrechtskonvention weiter von den in der Konvention vorgezeichneten Zielen entfernt haben, einzelne andere Länder haben sich dem Ziel weiter angenähert. Die Studie hält insgesamt fest, dass Deutschland beim Abbau des exklusiven Unterrichtens in Förderschulen nur langsam voranschreitet. Ein Zitat aus dem Fazit, welches besonders auf die weiterführenden Schulen eingeht, besagt:

„Und schließlich entwickelt sich das gemeinsame Lernen in den meisten Bundesländern hin zu einer Inklusion in der Exklusion: So beteiligen sich die in den weiterführenden Bildungswegen des gegliederten Schulsystems tradierten Schulformen Realschule und Gymnasium in einem eher geringen Ausmaß an der Inklusion. Es müssen Wege gefunden werden, auch die nicht integrativ aufgestellten Schulen wie die Realschulen und Gymnasien stärker in die Entwicklungen hin zu einem inklusiv ausgerichteten Schulsystem einzubinden. Für Deutschland insgesamt lässt sich feststellen, dass das Land beim Abbau des ‚exklusiven‘ Unterrichtens nur langsam voranschreitet. Vor diesem Hintergrund sind die Planungen der Bundesländer, die – ohne dies explizit zu machen – den weiteren Aufbau eines inklusiven Schulsystems stoppen, bedenklich.“

Im Hinblick auf die Berliner Ebene wollen wir weniger eine Inklusionsdebatte führen, sondern grundsätzlich über „Schule“ für diesen Personenkreis sprechen. Wir haben

uns mit Fragen nach fehlendem Personal an den Schulen, mit Gefühlen unklarer Zuständigkeiten, offenen Themen in der Beratung und vor allem mit Familien, die sich allein gelassen fühlen, und Schüler:innen, die ihre individuellen Bildungschancen nicht in Anspruch nehmen können, beschäftigt. Wir wollen dabei anhand der Fragestellungen: „Wie müsste Schule sein, damit alle sie besuchen können?“ und „Wie kann schulische Teilhabe gelingen?“ alle Perspektiven zulassen und offen und lösungsorientiert auf das Problem schauen, ohne Schuldzuweisungen auszusprechen.



Warum Schule für wirklich Alle wichtig ist

Prof. Dr. Sven Jennessen, Humboldt-Universität zu Berlin

1. Um wen geht es:

- Der Fachtag beschreibt die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen mit hohem Versorgungsbedarf in Pflege, Behandlung und Begleitung im Alltag
 - Da der Personenkreis zum Teil auch mit Autismus lebt, wird dieser als Schnittstellenthematik mitbedacht
 - 10 % aller Kinder und Jugendlichen sind chronisch krank und haben gleichzeitig einen speziellen Versorgungsbedarf (KIGGS-Folgestudie)
 - Ca. 190.000 Kinder und Jugendliche haben einen dauerhaften Pflegebedarf
 - Ca. 300.000 Kinder und Jugendliche leben mit einer lebensbedrohlichen und lebensverkürzenden Diagnose (PraeKids 2022)
- Ein hoher Versorgungsbedarf in der Schule bedeutet:
 - Behandlungspflegerische Versorgung
 - Grundpflegerische Versorgung
 - Psychosoziale und pädagogische Herausforderungen
 - Ressourcenbedarfe: Personal, Räume und Zeit
 - Ausfallzeiten: akute Erkrankungen, Klinikaufenthalte usw.

2. Warum bestimmte Schüler:innen von besonderen Exklusionsrisiken betroffen sind:

- Besonderen Versorgungsbedarfen kann in Schulen nicht entsprochen werden
 - Pflegerisch-medizinisches Personal vor Ort fehlt
 - Adäquate Ausstattung fehlt
 - Kompetenzen des pädagogischen Personals fehlen
- Schüler:innen können von der Schulbesuchspflicht gem. §41 Satz 3 Berliner Schulgesetz von der Schulaufsichtsbehörde befreit werden, gem. Satz 3a kann die Schulbesuchspflicht vorübergehend oder gänzlich ruhen
- Studie FamPalliNeeds (2023):
 - Kinder und Jugendliche mit Pflegegrad 1: alle besuchen die Regelschule

- Kinder und Jugendliche mit Pflegegrad 2: 60 % besuchen die Regelschule.
 - Kinder und Jugendliche mit Pflegegrad 5: 12,3 % besuchen die Regelschule.
 - Fazit: Je höher der Versorgungsbedarf, desto seltener findet ein Besuch der Regelschule statt
- Weitere Faktoren sind:
 - Die Unfassbarkeit des möglichen Sterbens: Ängste des pädagogischen Personals
 - Keine Lobby in politischen und fachlichen Diskursen
 - Ängste und Bedenken der Eltern aufgrund fragiler gesundheitlicher Situation ihres Kindes
 - Gesundheitliche Risiken des Schulbesuchs
3. Warum Schule für wirklich Alle wichtig ist
- Bildung:
 - Schule ermöglicht Erfolgserlebnisse im Leistungsbereich, sie erfüllt die Forderung nach Bildungsrecht und trägt gleichzeitig zur Lebensqualität der Betroffenen bei
 - (Nur) Schule ermöglicht das Erreichen eines qualifizierten (auch höheren) Schulabschlusses. Aufgrund des medizinisch-therapeutischen Fortschritts bei einigen Erkrankungen sind berufsvorbereitende schulische Maßnahmen vorausschauend zu betreiben
 - Soziale Teilhabe:
 - Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Lebensqualität und sozialer Teilhabe, da Schule verlässliche Peerkontakte, vertrauensvolle und konstante Beziehungen zu erwachsenen Bezugspersonen und einen strukturierten Tagesablauf bietet.
 - Im Peerkontakt kann Mitgefühl erlebt werden. Es entsteht enge solidarische Verbundenheit durch das (Mit-)Tragen der emotionalen Situation eines Kindes

- Durch die Kommunikation von Krankheit und Sterben entsteht partnerschaftlicher Dialog ohne Fixierung auf die Belastung der Krankheit. Im Peerkontakt sollten Fragen gestellt und zugelassen werden können, wobei Kommunikationsangebote trotz möglicher Verweigerung bereitgehalten werden sollten
- Zentrale pädagogische Aufgaben:
 - Vermittlung des Sinns eines leistungsorientierten Unterrichts trotz hohem Versorgungsbedarfs und ggf. reduzierter Lebenserwartung
 - Gestaltung von Bildungsangeboten, die über basale und körpernahe Themen hinausgehen
 - Beeinflussung von sozialem Miteinander im Sinne von für alle bereichernden Interaktions- und Kommunikationsprozessen
4. Wie Teilhabe gelingen kann:
- Die Versorgung in den Schulen sollte dauerhaft sichergestellt sein:
 - Kurzfristig: Kooperationsverträge zwischen Schulträgern und ambulanten Kinderkrankenpflegediensten
 - Langfristig: Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften/School Nurses an allen Schulen zur Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention
 - Flankierend/dauerhaft: Räume, Ausstattung und Hilfsmittel für Pflege müssen gewährleistet werden
 - Pflege als Voraussetzung und Teil von Bildung neu denken:
 - Übernahme grundpflegerischer Tätigkeiten durch pädagogisches Personal: Qualifizierung („Qualifikationsmix, der auch die fachlich differenzierte Delegation von Pflegeleistungen zulässt“ (Paquet 2020, 19)
 - Etablierung der Themen Krankheit, Sterben, Tod und Trauer: Bildungsinhalte in pädagogischen Studiengängen/ Ausbildungen
 - Engagement der Gesellschaft: Recht auf Teilhabe, Recht auf Kontinuität sozialer Beziehungen, Recht auf bestmögliche, wohnortnahe Bildung
 - Schulkonzepte: Flexibilität und adaptiver Unterricht
 - Flankierend und zeitlich begrenzt: assistive Technologien (z. B. Telepräsenzroboter)

- Wissensvermittlung zur schulischen Situation von Kindern mit hohem Versorgungsbedarf:
 - Realität der Versorgungsbedarfe
 - Realität der Pflegebedarfe
 - Realität der therapeutischen Bedarfe
 - Realität der Bildungsbedarfe
 - Notwendigkeit von Kooperationen
 - Wissen um potenzielle Ausschlussfaktoren
 - Autismus spezifische Kompetenzen in Studium, Aus- und Weiterbildung entwickeln
 - Forschung (auch regional) zur konkreten Versorgungssituation ermöglichen



Blick auf die Berliner Situation

Silke Groth, Fachstelle MenschenKind

Die Fachstelle MenschenKind vernetzt in Berlin Fachkräfte und die Elternselbsthilfe von versorgungsintensiven Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im November 2022 im Rahmen eines Netzwerktreffens ergab die Abfrage der bedeutsamsten Themen rund um die Versorgung, Förderung und Teilhabe von versorgungsintensiven Kindern, dass die Schule bzw. die Teilhabe an der Allgemeinbildung das häufigste Problem darstellte. Im Januar 2023 führte MenschenKind aufgrund der hohen Relevanz ein Netzwerktreffen zum Thema „versorgungsintensive Kinder und Jugendliche in der Schule“. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die unterschiedlichen Problemlagen herauskristallisiert und erörtert. Auffällig war in diesem Kontext, dass von allen Teilnehmenden berichtet wurde, dass eine unbekannte Anzahl versorgungsintensiver Kinder und Jugendliche trotz eines bestehenden Schulplatzes auch und insbesondere an Förderschulen nicht oder nur verkürzt beschult werden.

Von den Fachkräften und der Elternselbsthilfe wird die Dunkelziffer hoch eingeschätzt mit steigender Tendenz. Bei versorgungsintensiven Schüler:innen werde die Schulpflicht nicht durchgesetzt. Im Gegenteil berichten viele, dass den Eltern von der Schule mitgeteilt wird, dass ihr Kind nur noch stundenweise oder gar nicht zur Schule kommen könne. Als Gründe werden Verhaltensauffälligkeiten, hoher Pflege- und Unterstützungsbedarf, Behandlungspflegebedarf oder schwere Erkrankungen benannt. In der Regel findet weder Hausunterricht noch eine Teilnahme an temporären alternativen Bildungs- und Erziehungsangeboten statt. Die Familien müssen ihr Kind durchgehend betreuen mit den daraus resultierenden Folgen umgehen. Die Belastung ist entsprechend sehr hoch. Als Ursachen wurden eine generell steigende Schülerzahl sowie eine steigende Anzahl versorgungsintensiver Kinder und Jugendlicher insgesamt benannt. Gerade an Förderschulen mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt geistige Entwicklung verfügen die meisten Schüler:innen über die Förderstufe 2. Dies steht im Gegensatz zum Lehrer- und Fachkräftemangel.

Neben personellen fehlen aber auch räumliche Ressourcen. Es bedürfte dringend wieder einer individuell zugemessenen Schulhilfe sowie Schulgesundheitsfachkräften,

um die Beschulung versorgungsintensiver Schüler:innen gewährleisten zu können. Zudem wurde kritisiert, dass das Vorgehen und die Verfahrenswege der Schulen nicht transparent seien. Den Eltern sollten diesbezüglich genaue Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Die Fachstelle MenschenKind hat die Problematik der Nicht- bzw. Teilbeschulung versorgungsintensiver Schüler:innen weiterverfolgt und schließlich gemeinsam mit Professor Sven Jennessen und der Björn Schulz Stiftung diesen Fachtag organisiert. Die Teilhabe an Bildung ist für versorgungsintensive Schüler:innen von besonderer Relevanz. Für viele stellt die Schule sowohl einen Ort da, an dem sie neben dem Unterricht sowohl für ihre Gesundheit wesentliche Therapien erhalten als auch soziale Teilhabe erfahren. Für die Familien bedeutet der Schulbesuch einer Berufstätigkeit nachgehen zu können oder für einige Stunden am Tag von der intensiven und kräftezehrenden Betreuung und Pflege ihrer Kinder entlastet zu werden. Der Nicht- oder Teilbeschulung muss daher entgegen gewirkt und strukturelle Lösungen geschaffen werden. Im ersten Schritt gehört dazu eine Erhebung der Anzahl der nicht- und teilbeschulten versorgungsintensiven Schüler:innen in Berlin.



Einblick in die Situation der Familien

Jane Morgenthal, Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e. V.

In ihrem Vortrag umreißt Jane Morgenthal die derzeitige Situation von Familien mit versorgungsintensiven Kindern anhand eigener Erfahrungen als Mutter und der Erfahrungen aus ihrer Beratungspraxis im Kontext des Vereins „Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e. V.“.

Die Lebenswelt der Familien mit Kindern mit Behinderungen und/ oder chronischen Erkrankungen wird durch viele verschiedene Faktoren beeinflusst. Hierzu zählen unter anderem innerfamiliäre Themen wie beispielsweise eine belastete Paarbeziehung und finanzielle Sorgen aufgrund der Reduktion oder Aufgabe der Berufstätigkeit, um sich um die Pflege des Kindes zu kümmern. Auch der durch Pflege, Therapie, den Besuch bei Fachärzt:innen und Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit dem Krankheitsmanagement geprägte Alltag und der Einfluss des sozialen Umfeldes, wie die Konfrontation mit Vorurteilen und ein fehlendes Verständnis für die Situation der Familien gehören zu diesen Faktoren.

Jane Morgenthal macht vor allem darauf aufmerksam, dass es extrem viele Versorgungsschnittstellen gibt, die die Familien selber organisieren müssen, was eine große Belastung darstellt. Gerade bezogen auf die Beschulung sind viele verschiedene Personen, Institutionen und organisatorische Hürden zu berücksichtigen und miteinander abzustimmen. Hierzu zählen unter anderem die Organisation von Therapien, die Koordination der Therapeut:innen und den Austausch mit dem Netzwerk um das Kind, die Beantragung von Nachteilsausgleichen, Fahrdiensten, Schulassistenzen u. v. m..

Die Eltern wünschen sich vor allem transparentere und verständliche Informationen sowie transparente Zuständigkeiten. Sie wollen mit ihren Ängsten und Sorgen wahrgenommen und als Expert:innen für ihre Kinder mit einbezogen werden, wenn dies für sie leistbar ist, ohne in eine Bittsteller:innen-Rolle gedrängt zu werden. Weitere Wünsche der Eltern können den Präsentationsfolien im Anhang entnommen werden.

Einblick in die Situation der Schulen

Inklusive Schwerpunktschule für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung

Sabine Bretschneider, Heinrich-Zille-Grundschule

Die Leiterin der Heinrich-Zille-Grundschule, Sabine Bretschneider, stellt in ihrem Vortrag die derzeitige Arbeitsweise für ein inklusives Miteinander und die damit verbundenen Herausforderungen an ihrer Schule dar.

Ein zentraler Punkt hierbei ist das Primat des gemeinsamen Unterrichts. Dieser benötigt eine breit gefächerte (Binnen-)Differenzierung, eine gute Teamarbeit und eine kooperative Förderplanung. Eine besondere Förderung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird unter anderem durch sogenannte Förderbänder ermöglicht. So haben die Kinder sowohl Unterricht im Klassenverband als auch in Lerngruppen, die eine besondere Förderung in bestimmten Fächern ermöglichen. Die kontinuierliche Arbeit in der Peer-Gruppe fördert das Selbstbewusstsein der Kinder.

Herausforderungen sieht die Schulleiterin vor allem bei bestimmten organisatorischen Hürden (bspw. den Zeiten zur Förderung) sowie in der Personalausstattung und den Räumlichkeiten, die auf die individuellen Bedarfe der Schüler:innen abgestimmt sein müssen. Die Ausdifferenzierung dieser Herausforderungen und genauere Angaben zur Schule sind der Präsentation im Anhang zu nehmen.

Inklusive Schwerpunktschule für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und Autismus

Martin Gwiasda, Schule am Königstor, Integrierte Sekundarschule

Die Schule am Königstor ist seit 2016/2017 inklusive Schwerpunktschule mit den Förderbereichen Geistige Entwicklung und Autismus. Der Schulleiter Martin Gwiasda berichtet von einer deutlichen Zunahme versorgungsintensiver Kinder in den letzten Jahren.

Die Schule bietet zusätzlich zum Regelunterricht Angebote in temporären Lerngruppen an, die in die verschiedenen Förderschwerpunkte aufgesplittet werden. Zudem wird in

multiprofessionellen Teams gearbeitet, in denen es keine starre Zuordnung der personenbezogenen Aufgabenbereiche gibt.

Anhand eines Fallbeispiels zeigt der Vortragende die vielen diversen Kooperationsfelder auf, die gerade bei versorgungsintensiven Kindern breit aufgestellt sein müssen.

Als eine Schwierigkeit wird vor allem aufgezeigt, dass das angestrebte kooperative Lernen an einem gemeinsamen Gegenstand in der Praxis aufgrund des großen Vorbereitungsaufwandes für die Pädagog:innen nicht immer umsetzbar ist. Es besteht somit die Gefahr Schüler:innen in „inkludierbare“ und „nicht inkludierbare“ Kinder zu unterteilen. Auch die personelle Ausstattung stellt an der Schule eine Herausforderung dar, da es zum Teil eine sehr hohe Anzahl der Schüler:innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf gibt, die durch das vorhandene Personal kaum adäquat begleitet werden kann.

Aufgrund der Erfahrungen an der Schule werden Aspekte herausgearbeitet, die als Bedingung für eine inklusive Beschulung angesehen werden. Hierzu gehören neben der Verankerung einer inklusionsfreundlichen Haltung im Kollegium auch eine verlässliche personelle Ausstattung, die Kooperation mit schulexternen Professionen, die bauliche Barrierefreiheit und ausreichend Räume zur Förderung sowie Supervision für das Schulteam.

Schule mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt körperliche-motorische Entwicklung

Uta Ehling, Christa Nink, Toulouse-Lautrec-Schule

Dieser Vortrag fiel krankheitsbedingt leider aus.

Dokumentation der Themenecken

Perspektive auf versorgungsintensive Kinder

Moderation: Nils Groß und Tina Keiling

Wie kann komplexen Lebenslagen so begegnet werden, dass schulische Teilhabe ermöglicht wird?

- Pflege sichern:
 - o Schulgesundheitskräfte
 - o Niedrigschwellige Antragsstellung
- Koordination der einzelnen Akteur:innen der Pflege (Ressourcenbündelung)
- Klarheit in den Rollen der Mitarbeiter:innen
 - o Beratungsauftrag der Schule
- Bereitschaft, Schule neu zu denken:
 - o Blick auf gesamtes System der Familie
 - o Vernetzung › Austausch
- Personal:
 - o Zeitliche Ressourcen
 - o für Weiterbildung
 - o für fachlichen Austausch
 - o Supervision
- Finanzielle Ressourcen
- Bezirksübergreifende Regelungen und Standards/Zusammenarbeit
- Jede Schulform in jedem Bezirk vertreten › freie Wohnortwahl
- Systemübergreifender Austausch mit allen Akteur:innen
- Gesichertes Wahlrecht der Schule und Schulform durch gesicherten Transport und Begleitung
- Vorbereitung der Schule auf versorgungsintensive Kinder › Austausch vorab
- Übergangsbegleitung

Wie kann komplexen Lebenslagen so begegnet werden, dass schulische Teilhabe ermöglicht wird?

Pflege sichern

- Schulgesundheitskräfte
- niedrigschwellige Antragsstellung

Personal

Koordination d. einzelnen Akteure d. Pflege

Ressourcenbündlung

zeitliche Ressourcen
→ für Weiterbildung

bezirksübergreifende Regelungen u. Standards
Zusammenarbeit

jede Schulform in jedem Bezirk vertreten → faire Wahlrechtwahl

Klarheit in den Rollen der Mitarbeiter:innen

→ für fachlichen Austausch
→ Supervision

Systemübergreifender Austausch mit allen Akteuren

Beratungsauftrag der Schule

finanzielle Ressourcen

gesichertes Wahlrecht d. Schule u. Schulform durch gesicherten Transport u. Begleitung

Vorbereitung d. Schule auf vers. int. Kind → Austausch vorab!

Bereitschaft Schule neu zu denken

Blick auf gesamtes System d. Familie
→ Vernetzung Austausch

Übergangsbegleitung

- Voraussetzungen und Ausstattung für Schulräume:
 - Erreichbarkeit der Schule
 - Barrierefreiheit
 - Pflegebad
 - Pflegedusche
 - Sauberkeit
 - Pflegehilfsmittel
 - Fahrstühle › richtige Größe und auf allen Etagen
 - Rückzugsräume
 - Bei Überreizung › Snoezelenräume
 - Oder Hygiene
 - Sichtbarkeit in Klassenräumen › Fenster
 - Telepräsenz › Möglichkeit der digitalen Zuschaltung
 - Angebote Versorgungsplanung vorausschauend
 - Therapieräume
 - Große Klassenräume
 - Doppelräume

- Flexible, abgestimmte Abläufe
- Unterstützte Kommunikation
- Räume für alternative Beschulungsmöglichkeiten

Voraussetzungen Schulräume I

Barrierefreiheit

Qualifikation d. Personals

Pflegebad

sauber
→ z.B. Liegedusche

Unterstützte Kommunikation

Pflegehilfsmittel

Fahrstühle

→ Größe auf allen Etagen

Rückzugsräume

→ bei Überreizung
→ oder Hygiene
Sozialräume

alternative Beschulungsmöglichkeiten

Sichtbarkeit in

Klassenzimmern

→ Fenster

Telepräsenz

• Möglichkeit der digitalen Zuschaltung

Angebote Versorgungsplanung vorausschauend

Therapieräume

gr. Klassenräume
Doppelräume

flexible, abgestimmte Abfolge

Therapeut:innen

Doppelräume

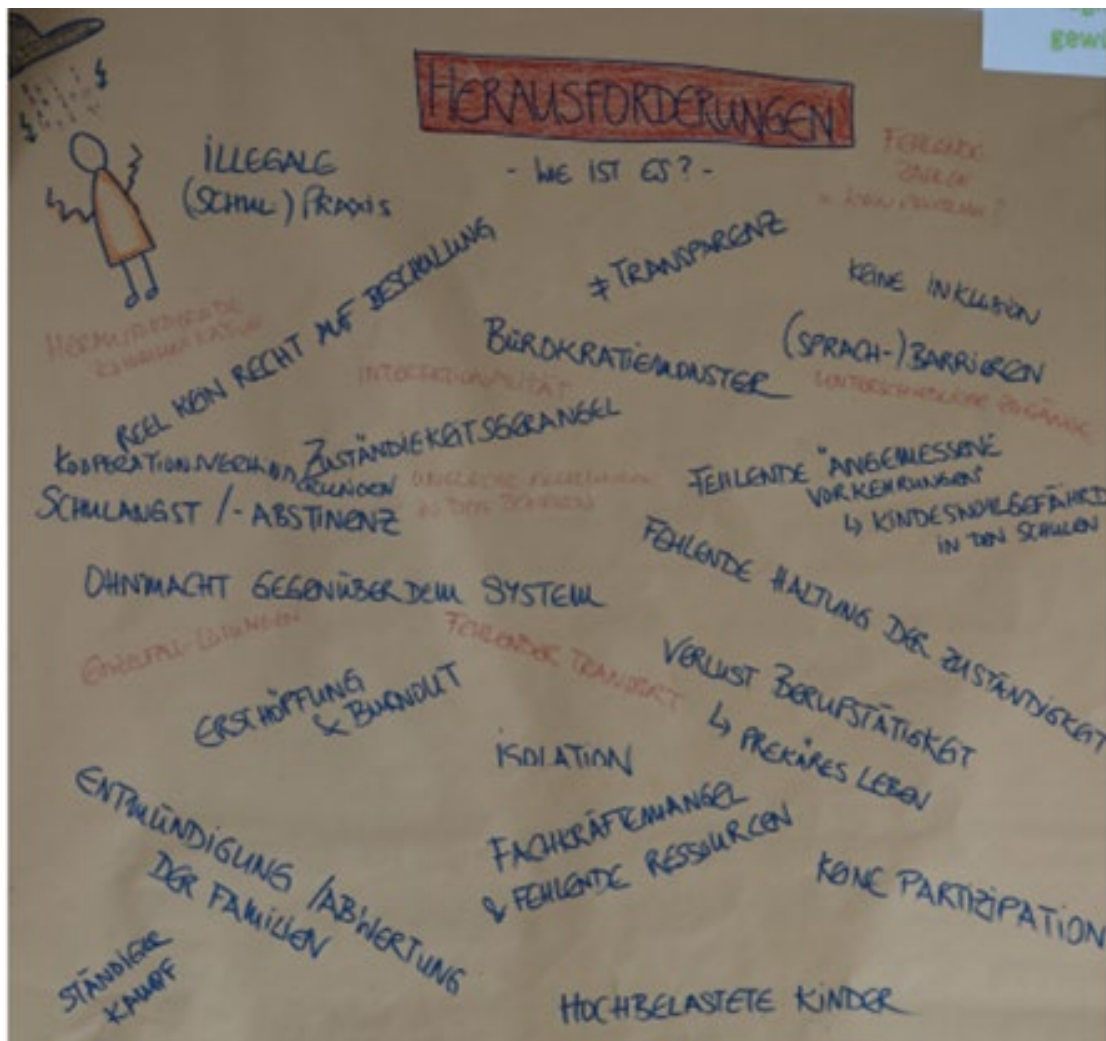
Erreichbarkeit d. Schule

Perspektive der Familien

Moderation: Jane Morgenthal und Susanne Bogdanski

Herausforderungen – Wie ist die Situation?

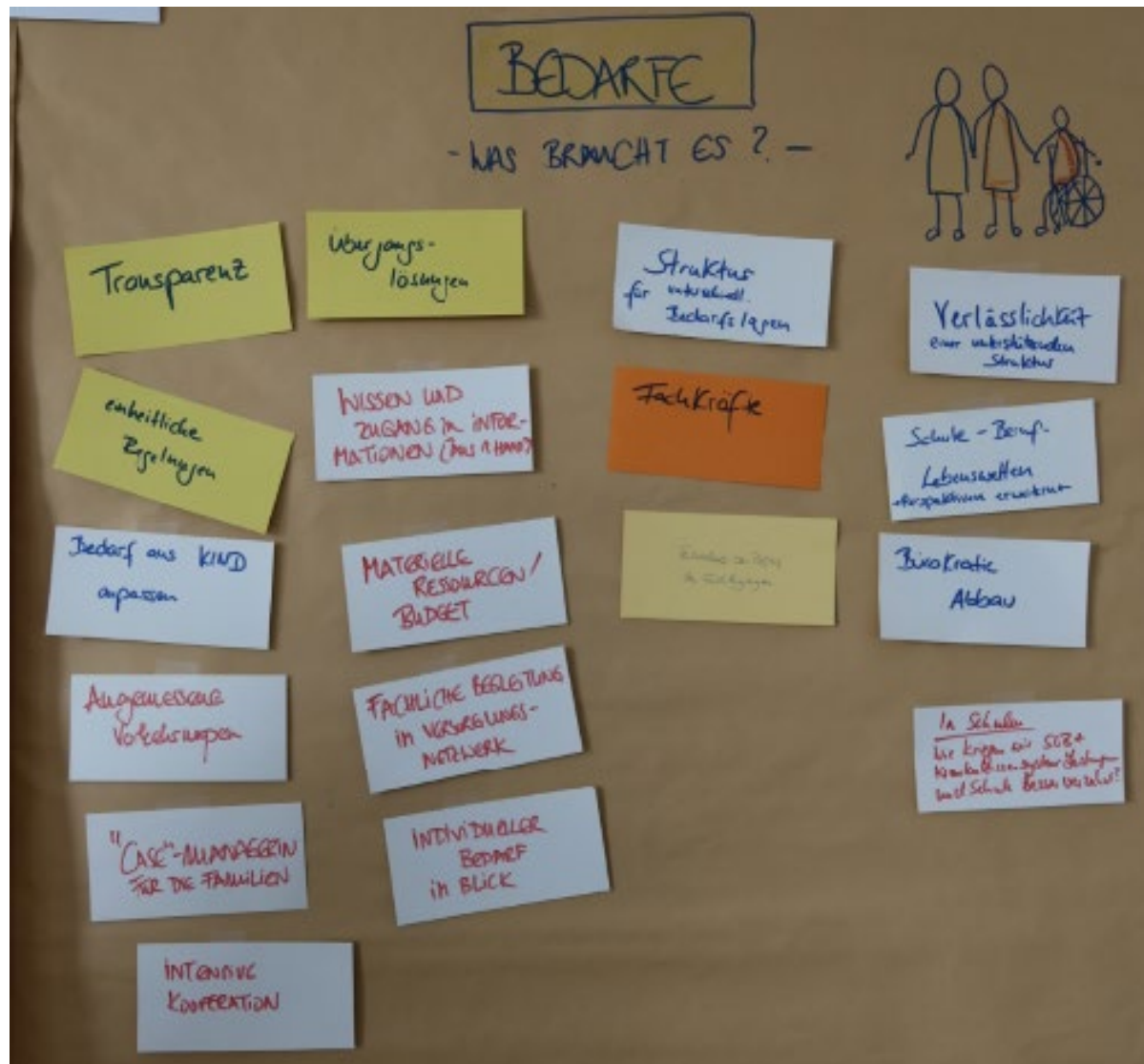
- Ohnmacht gegenüber dem System
- ständiger Kampf
- Erschöpfung und Burnout
- Isolation
- Entmündigung/Abwertung der Familien
- Verlust Berufstätigkeit → prekäres Leben, keine Partizipation
- Schulangst/-Abstinenz
- hochbelastete Kinder
- herausfordernde Kommunikation
- reell kein Recht auf Beschulung
- illegale (Schul-)Praxis
- keine Inklusion
- keine Transparenz
- unterschiedliche Zugänge
- Bürokratiemonster
- ungleiche Regelungen in den Bezirken Zuständigkeitsgerangel
- (Sprach-)Barrieren,
- Intersektionalität,
- Kooperationsverhinderungen
- Einzelfall-Lösungen
- Fachkräftemangel und fehlende Ressourcen
- fehlende Haltung der Zuständigkeit
- fehlende Beförderung
- fehlende „angemessene Vorkehrungen“ → Kindeswohlgefährdung in den Schulen
- fehlende Zahlen bedeuten fehlendes Problem?



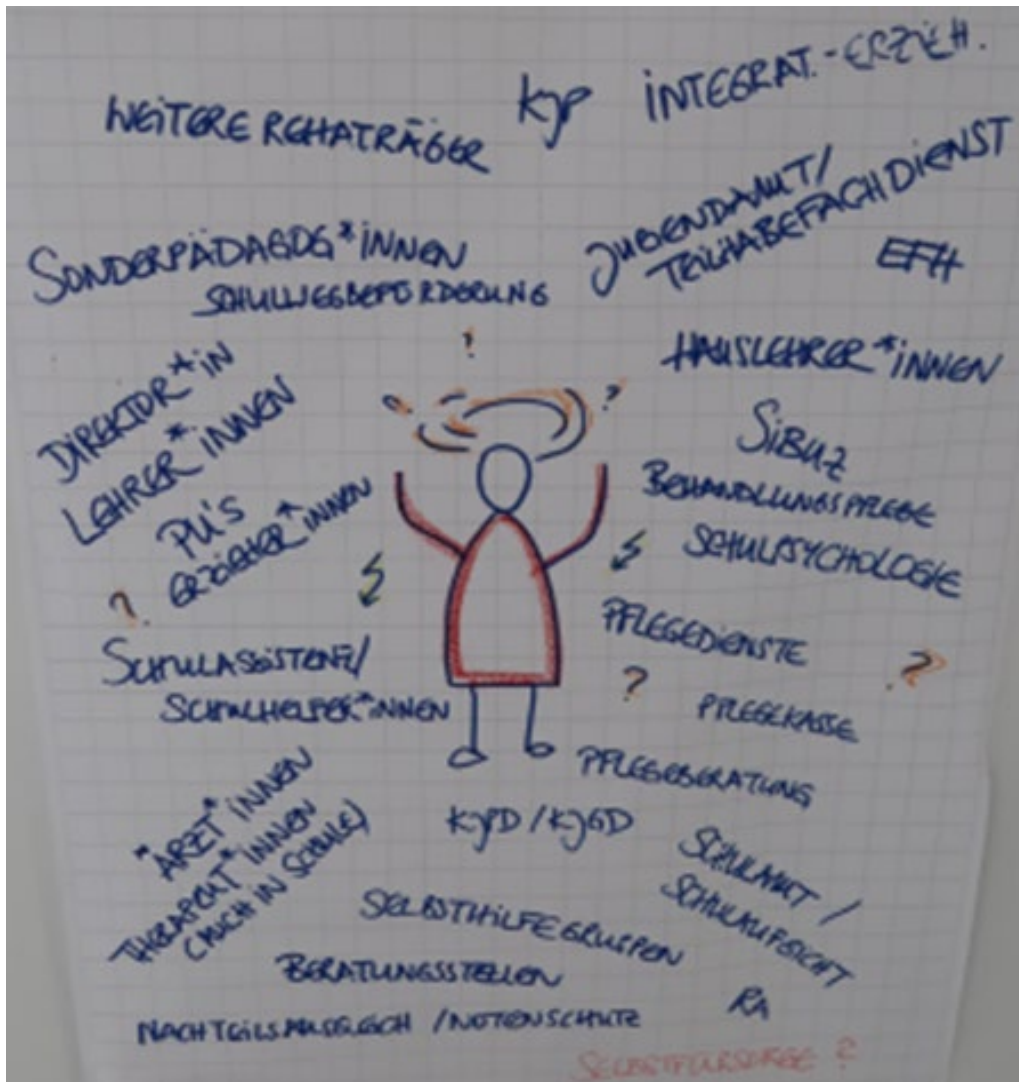
Bedarfe – Was braucht es?

- Transparenz
- einheitliche Regelungen
- Bedarf ans KIND anpassen
- individueller Bedarf im Blick
- angemessene Vorkehrungen
- „Case“-Managerin für die Familie
- intensive Kooperation
- Übergangslösungen
- Wissen und Zugang zu Informationen (aus 1. Hand)
- materielle Ressourcen/Budget
- fachliche Begleitung im Versorgungsnetzwerk

- Struktur für unterschiedliche Bedarfslagen
- Fachkräfte
- Teilnahme der Politik an Fachtagungen
- Verlässlichkeit einer unterstützenden Struktur, Schule-Beruf-Lebenswelten ...
Perspektiven erweitern; Bürokratie-Abbau; in Schulen: Wie kriegen wir
Leistungen aus dem SGB IX und dem SGB V mit der Schule besser verzahnt?



- Weitere Reha-Träger
- Direktor:innen, Sonderpädagog:innen, Lehrer:innen, Pädagogische Unterstützung, Erzieher:innen, Integrationserzieher:innen, Schulhelfer:innen, Schulassistenz, Hauslehrer:innen
- Schulwegbeförderung
- SIBUZ, Schulpsychologie
- Schulamt/Schulaufsicht
- Nachteilsausgleich/Notenschutz
- Ärzt:innen
- Therapeut:innen (auch in Schule)
- Jugendamt, Teilhabefachdienst
- Einzelfallhelfer:innen,
- Pflegedienste: Behandlungspflege, Pflegekasse, Pflegeberatung
- KJPD/ KJGD
- Selbsthilfegruppen
- Beratungsstellen
- Rechtsanwalt
- KJP (Kinder- u. Jugendpsychiatrie?)
- Selbstfürsorge?

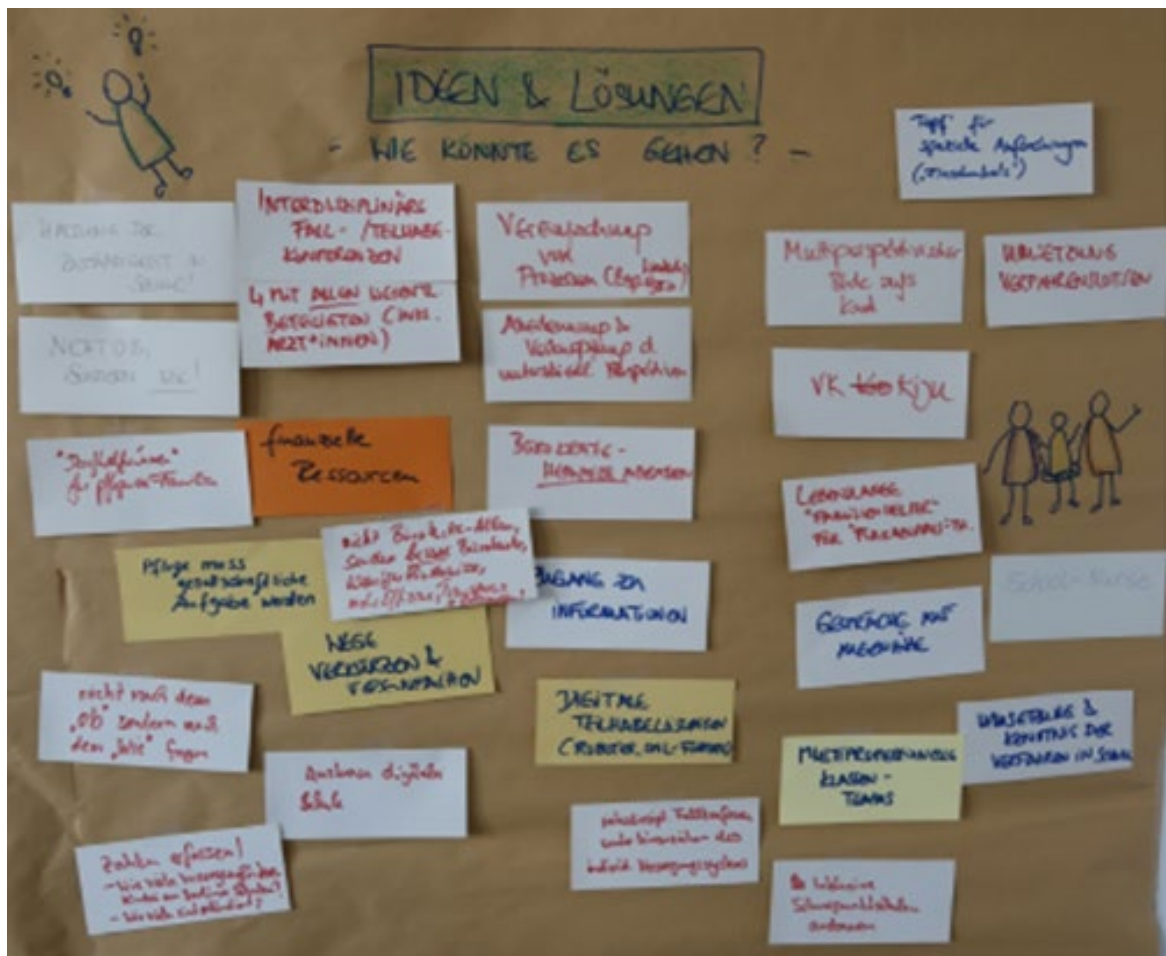


Ideen und Lösungen – Wie könnte es gehen?

- Haltung der Zuständigkeit in Schule
- NICHT nach dem OB, SONDERN nach dem WIE fragen
- „Dorfhelfer:innen für pflegende Familien
- Pflege muss gesellschaftliche Aufgabe werden
- Zahlen erfassen – wie viele versorgungsintensive Kinder an Berliner Schulen?
- Wie viele sind exkludiert?
- interdisziplinäre Fall-/Teilhabekonferenzen mit ALLEN wesentlichen Beteiligten (inkl. Ärzt:innen)
- finanzielle Ressourcen
- nicht Bürokratie-Abbau, sondern bessere Bürokratie
- weniger Hindernisse, mehr Effizienz, Transparenz und Ressourcen

- Wege verkürzen und vereinfachen
- Ausbau digitaler Schule
- Topf für spezielle Anforderungen („Flaschenhals“),
- multiperspektivischer Blick aufs Kind
- VK KiJu – Versorgungskoordination für Familien mit versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen
- lebenslange „Familienhelfer“ für „Flaschenhals“-TH
- Gespräche auf Augenhöhe
- multiprofessionelle Klassen-Teams
- inklusive Schwerpunktschulen ausbauen
- Umsetzung Verfahrenslotsen
- School Nurse
- Umsetzung und Kenntnis der Verfahren in Schule





Perspektive der Schüler:innen

Moderation: Laura Mench und Stefan Krämer

1. Soziale Integration ermöglichen

- a. Raum geben für mehr Austausch/ Schwerpunkt andere Kontakte pflegen zu können.
- b. Diverse Schüler:innenschaft → Verständnis füreinander schaffen. Warum sind Menschen mit Behinderung an Schulen in der Unterzahl? Kann es nicht auch andersrum sein?
- c. Klassenrat etablieren. Ein Ort, wo alles angesprochen werden kann. Auch im Hinblick auf Schwerpunkt. Kommunikation untereinander auf viele Wege stärken.

2. Ermöglichung von Individualität/Selbstbestimmung

- a. Feste Bezugspersonen, die Interesse zeigen à Vertrauen à öffnet gegenüber anderen. Kommunikation miteinander nicht übereinander
- b. Bedarfsorientierte Zeit ermöglichen (z. B. Schulstart anpassen) à Lerninhalt in individuellen Zeiten ermöglichen
- c. Etablierung einer „Schatten“ Assistenz
- d. Bedarfe der Schüler:innen sollen bekannt sein, um nicht immer wieder alles erklären zu müssen. -> Austausch unter Lehrer:innen fördern.
- e. Autonomie anerkennen und Fokus auf ein autonomes Leben bei Lerninhalten

3. Allgemeine Strukturen

- a. Uneingeschränkte Barrierefreiheit
- b. Unabhängiges, basales, personenunabhängiges Beschwerdemanagement
- c. Funktionierende und vorhandene Hilfsmittel und Beratung dazu – Personen unabhängig vorhanden
- d. Sicherheit durch Orientierung – für alle eine verständliche und einheitliche Kommunikation (z. B. überall Piktogramme)

Schule frei wählen können. Wahlmöglichkeiten haben. Probebeschulungen und Hospitationen vor Schulwahl ermöglichen.

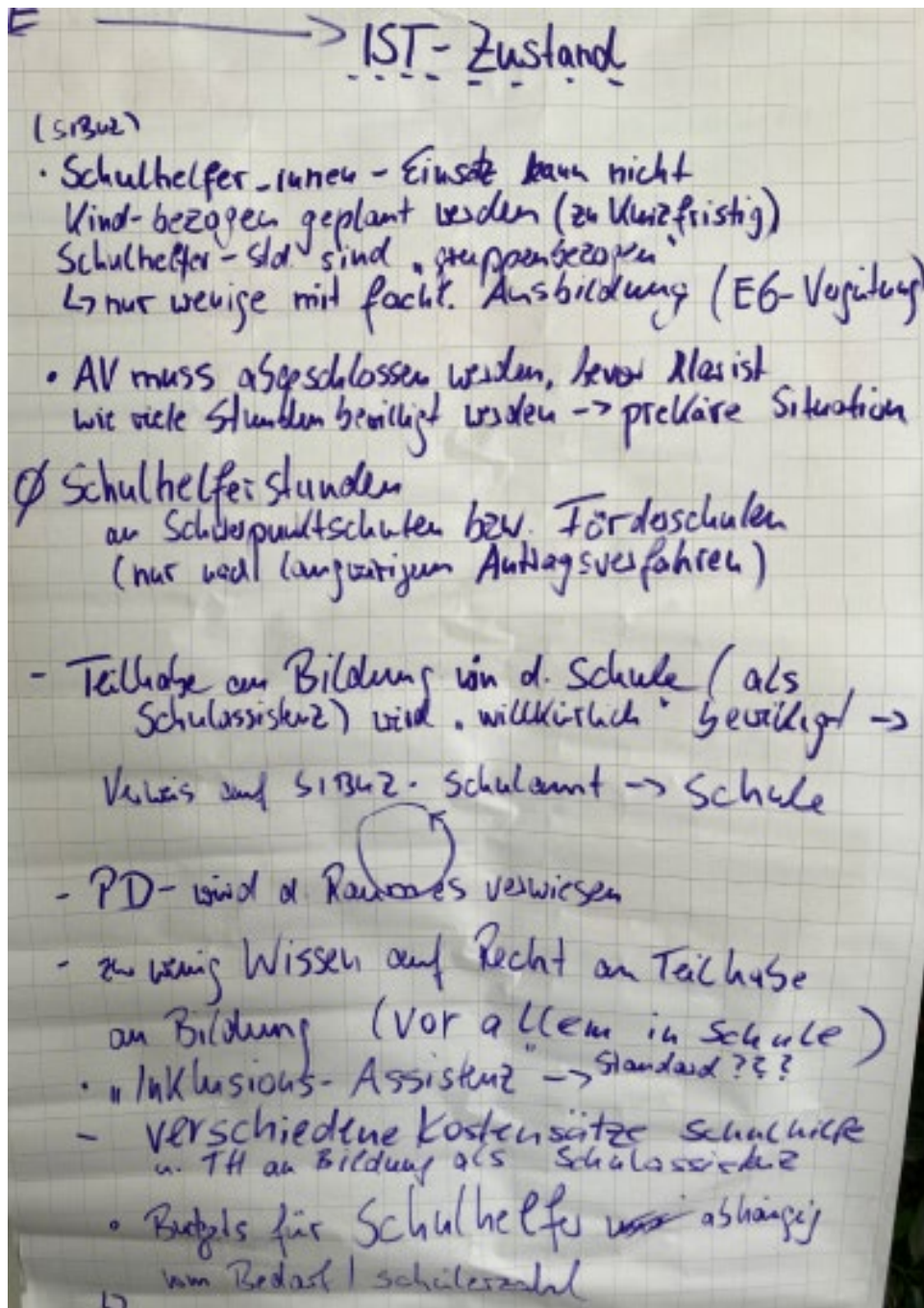


Perspektive der Leistungserbringenden

Moderation: Diana Naumann, Sehstern e.V. und Maike Wenske, Fredericks Intensivpflege GmbH

IST-Zustand

- SIBUZ: Schulhelfer:innen-Einsatz kann nicht kindbezogen geplant werden (zu kurzfristig), Schulhelferstunden sind „gruppenbezogen“ -> nur wenige mit fachlicher Ausbildung (Eingliederungshilfe-Vergütung)
- Arbeitsvertrag muss abgeschlossen werden, bevor klar ist, wie viele Stunden bewilligt werden -> prekäre Situation
- Schulhelferstunden an Schwerpunktschulen bzw. Förderschulen nur nach langwierigem Antragsverfahren
- Teilhabe an Bildung in der Schule (als Schulassistenz) wird „willkürlich“ bewilligt -> Verweis auf SIBUZ - Schulamt -> Schule = Teufelskreis
- Pflegedienst wird des Raumes verwiesen
- Zu wenig Wissen in Bezug auf das Recht an Teilhabe an Bildung (vor allem in Schule)
- „Inklusions-Assistenz“ -> Standard???
- Verschiedene Kostensätze: Schulhilfe und Teilhabe an Bildung als Schulassistenz
- Budgets für Schulhelfer abhängig vom Bedarf / Schülerzahl



Vision

- Feste Netzwerke (inkl. Schule) für jedes Kind -> Klarheit über „Hütchen“
- multiprofessionelle kindbezogene Zusammenarbeit – kontinuierlich und langfristig

- Mit entsprechend notwendigen Ressourcen bezüglich Barrierefreiheit, Personal: Pflege, Pädagogik, Therapie (ggf. 1:1) und Räumen (Rückzugsorte, Pflegeräume)
- Berlineinheitliche Richtlinien (über alle Schulen hinweg)

Visionen / Lösungsideen

(Strukturen, Zusammenarbeit)

- Anerkennung der Professionen und ihrer Bedeutung für das Kind und das System Schule
- Stabile Netzwerke bilden, pflegen, halten – frühzeitig
- Bedarfsprüfungen in sinnvollen Abständen
- Broschüre / Seite mit ALLEN Hilfemöglichkeiten
- Vorhandene Ressourcen nutzen (bereits vorhandene Fach- bzw. Pflegekräfte nutzen)

Perspektive der Teilhabefachdienste

Moderation: Kerstin Galli, Teilhabefachdienst Jugend Lichtenberg und Carsten Rackow, Teilhabefachdienst Jugend Friedrichshain-Kreuzberg

Schnittstelle Schule- SIBUZ – THFD Jug:

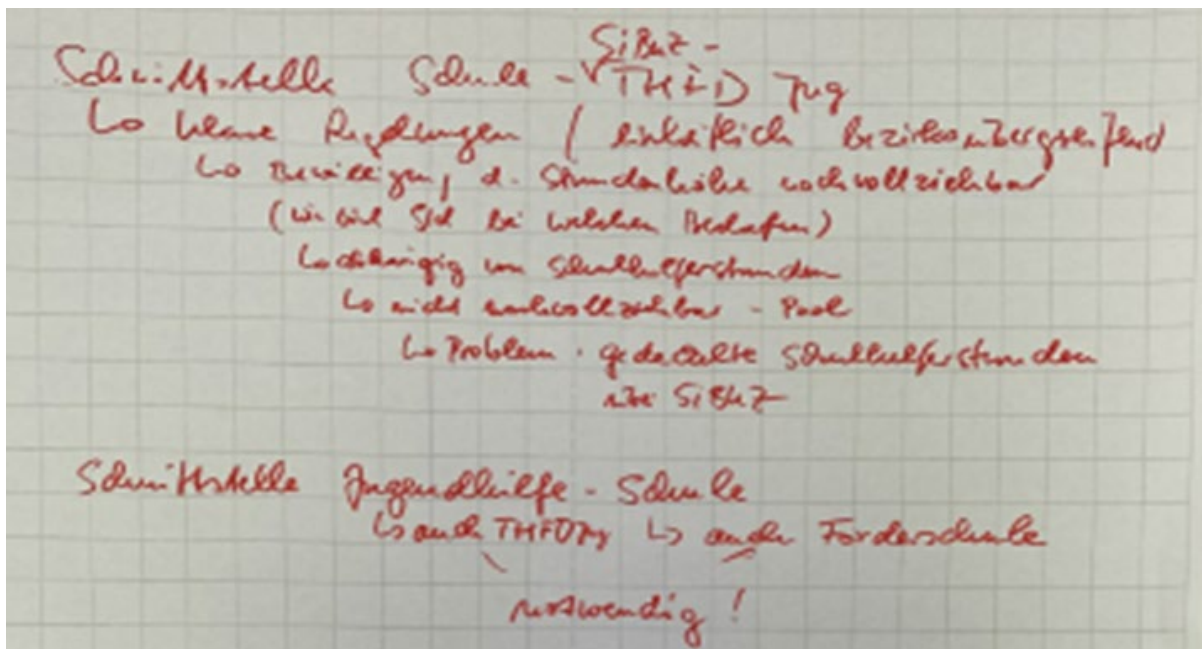
- klare Regelungen: einheitlich bezirksübergreifend
- Wo Bewilligung, d. Stundenhöhe nachvollziehbar (wie viele Std. bei welchen Bedarfen)
- Abhängig von Schulhelferstunden
- Nicht nachvollziehbar: Pool
- Problem: gedeckelte Schulhelferstunden über SIBUZ
- Schnittstelle Jugendhilfe (auch THFD Jug) – Schule (auch Förderschule): notwendig
- Kommunikation SIBUZ – THFD Jug
- Rückführung der Leistungen der Eingliederungshilfe in Schule in Teilhabefachdienst Jugend (§99 SGB IX und §35a SGB VIII)???
- Fehlende Ressourcen (Beratung) der Schulen

- Individuellen Planungsraum schaffen (für Schüler:in): Möglichkeiten der Schule – Bedarf der Schüler:in
- Schulhilfe (vorrangig Pflege)
- Eingliederungshilfe in Schule (Teilhabe an Bildung) breiter aufgestellt
- Möglichkeit der dynamischen Anpassung innerhalb des Schuljahres
- Hilfe zur Pflege und Unterstützung

Achtung! Einschulung versorgungsintensiver Kinder muss anders laufen – vorab gemeinsame Beratung; frühzeitige Zusammenarbeit zwischen KJGD/ KJPD – Schule/ SIBUZ – THFD; Schweigepflichtentbindung

Was muss Schule leisten?

- Informationen, was kann Schule leisten
- An gemeinsamem Tisch: Schule, THFD Jug, SIBUZ, Regionale Sozialdienst
- Problematik: Diagnostik geistige Entwicklung versus sozial-emotional ... SIBUZ – klare Richtlinien
- Lösungsidee: Verfahrenslotsen!



Kommunikation SiBuZ → THFD Jug

Zeitführung d. EGH in Schule in THFD Jug
(§ 33 SGB II / § 51 SGB III)

fehlende Ressourcen (Besetzung) d. Schulen

individueller Planungsraum schaffen (für Schüler:in) *

Schulhilfe (vorrangig Pflege)

EGH in Schule (TaB) bereits aufgestellt

Möglichkeit d. dynamischen Anpassung innerhalb
d. Schuljahres

Hilfe zur Pflege u. Unterstützung = schulorganisatorisch
f. Individuen

*1 Möglichkeiten d. Schule
Bedarf d. Schüler/In

Was muss Schule leisten?

↳ Informationen, was kann Schule bieten

an gemeinsamen Tischen

↳ Schule

THFD zug

SiBliz

RSD

Achtung! Einbindung Versorgungsinstitutionen
Kinder müssen anders laufen
↳ weras gem. Beratung

↳ frühzeitige Zusammenarbeit zw. KJGD / Schule - THFD
*2

Problematik: Diagnostik geringe Entwicklung
↳ normal - untypisch
↳ SiBliz → keine Richtlinien

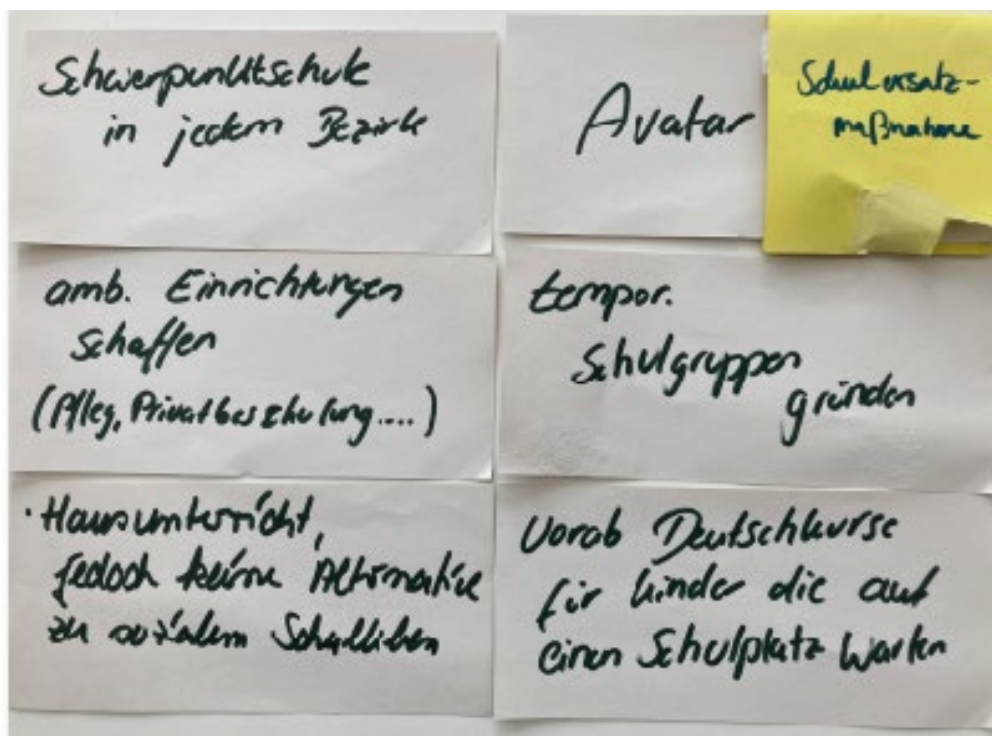
*2 Schwierigkeitsentbindung

Lösungsidee: Verfahrenslernen!

Schulersatzmaßnahmen?

Moderation: Elke Kemmer und Anne Jäger, VK KiJu

- Schwerpunktschule in jedem Bezirk
- Ambulante Einrichtungen schaffen (pflegerische Privatbeschulung)
- Hausunterricht, jedoch keine Alternative zu sozialem Schulleben
- Avatar¹
- Temporäre Schulgruppen gründen
- Vorab Deutschkurse für Kinder, die auf einen Deutschkurs warten



¹ Anmerkung: Avatare sind kleine Roboter, welche Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am aktiven Schulleben von Zuhause ermöglichen. Der Avatar steht auf der jeweiligen Schulbank in der Klasse. Durch eine integrierte Kamera, Lautsprecher und ein Mikrofon können abwesende Schülerinnen und Schüler sehen, hören und aktiv am Unterricht teilnehmen, indem sie den Avatar per App über ein Tablet steuern.

Perspektive Schule

Moderation: Prof. Sven Jennessen und Laura Wendt

Diskussion zum IST-Stand:

Allgemein

- aktuelle Situation negativ und aussondernd
- Verzweiflung auf Ebene der Kinder, Eltern und Schulen
- gute Versorgung i. d. R. abhängig von Einzelpersonen und deren Engagement; ist „Glückssache“
- Versuch, kreative Lösungen zu finden, scheitert oft an organisatorischen und bürokratischen Barrieren
- Ressourcenmangel auf vielen verschiedenen Ebenen

Perspektive der Familien

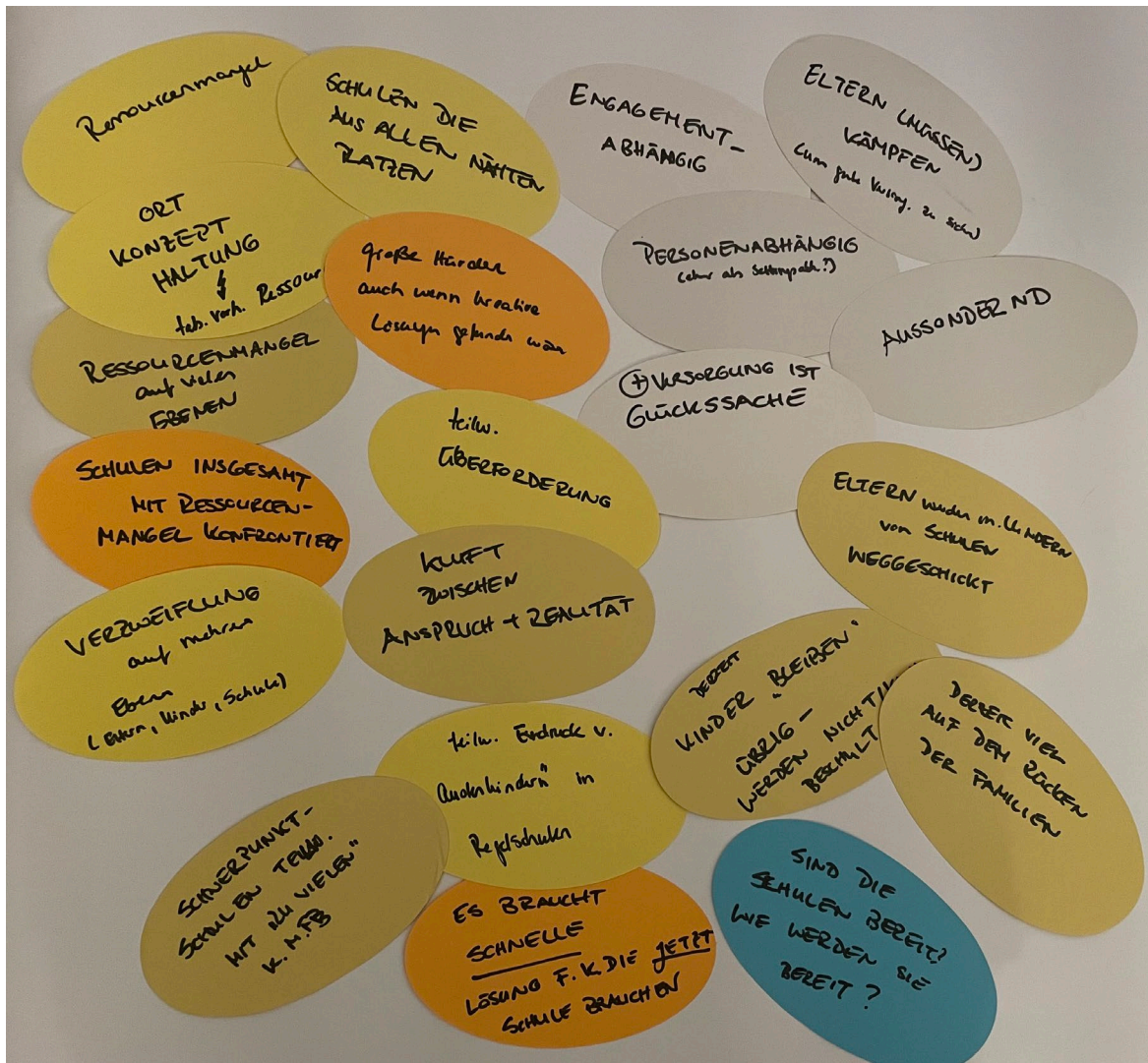
- Kinder werden aufgrund erhöhten Versorgungsbedarfes von gewünschten Schulen abgelehnt
- einige Kinder werden nur wenige Stunden am Tag oder gar nicht beschult
- notwendiger Kampf der Eltern um gute Versorgung ihrer Kinder in den Schulen
- gute Praxis von Eigenorganisation und Initiative der Eltern abhängig
- große Kluft zwischen rechtlichem Anspruch und tatsächlicher Umsetzung

Perspektive der Schulen

- Ressourcenmangel in vielen verschiedenen Bereichen -> zeigt sich bei versorgungsintensiven Kindern verstärkt
- „Schulen, die aus allen Nähten platzen“
- Ort, Konzept und Haltung an den Schulen stehen im Widerspruch zu den tatsächlich vorhandenen Ressourcen -> erschwert Umsetzung
- Eindruck von „Quotenkindern“ an inklusiven arbeitenden Regelschulen
- an Schwerpunktschulen teilweise zu hohe Anzahl an Schüler:innen mit Förderbedarf -> Kontrast zu Konzept und den dadurch bedingten Ressourcen

Abschließend folgende Fragen:

- Sind die Schulen bereit für die Bildung versorgungsintensiver Kinder?
- Wie können sie für diese Aufgabe vorbereitet werden?



Wünsche für die Zukunft

Abbau bürokratischer Hürden:

- Entbürokratisierung der Prozesse
- evtl. Einführung niedrigschwelliger Angebote zu Beratung (allgemein), Therapie, Versorgung und Pflege an den Schulen, die bestenfalls aus einer Hand finanziert werden
- Vernetzung der übergeordneten Stellen □ Fokus auf bestmögliche Versorgung des Kindes
- Bezirksübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit
- klare Fallverantwortlichkeiten

—> **Ziel:** Hilfen und Unterstützung vom Kind ausgehend planen und dessen Perspektive in den Mittelpunkt stellen

Fachkräfte

- bessere Verträge und somit bessere Bezahlung für die verschiedenen (vor allem an der Schule arbeitenden) Professionen
- mehr spezifische und bezahlbare Qualifikations- und Weiterbildungsangebote
- sichergestellte therapeutische und pflegerische Versorgung der Schüler:inne als weiteres Qualitätsmerkmal zu etablieren
- Anerkennung von Multiprofessionalität an Schulen als Qualitätsmerkmal:
 - Ausbau dieser soll forciert werden
 - kann ggf. pflegerische und therapeutische Versorgung der Kinder ermöglichen
 - derzeitiger Lehrpersonenmangel könnte durch Erweiterung um multiprofessionelle Teams etwas entgegengewirkt werden
 - benötigt:
 - klare rechtliche Regelungen
 - gesicherte finanzielle Basis
 - zeitliche Ressourcen
 - strukturelle Verankerung (bspw. von Austauschmöglichkeiten der Teammitglieder)
 - Hürden dafür sind u. a. unterschiedliche Arbeitszeitmodelle der Berufsgruppen

Allgemein/ weitere Gedanken:

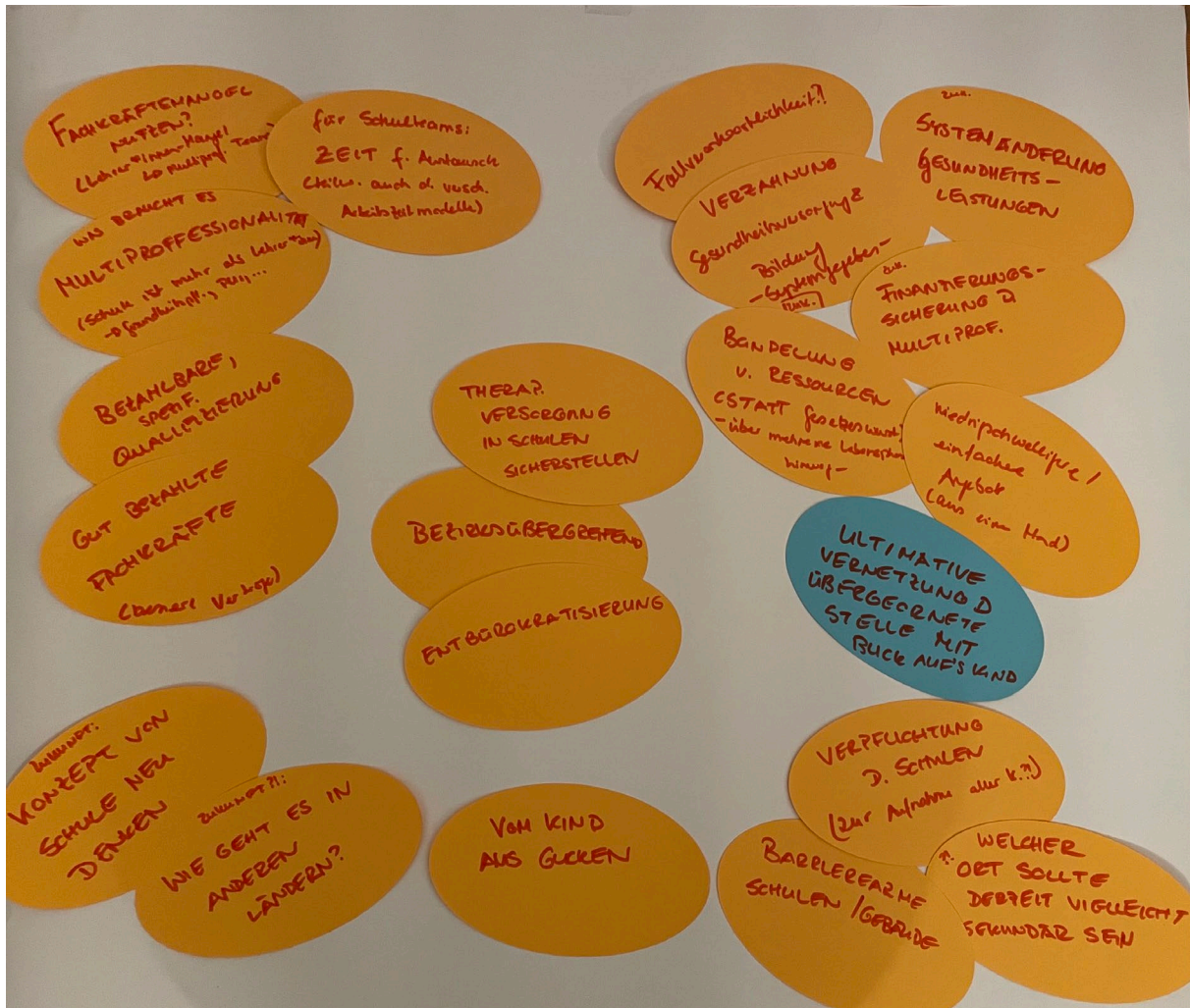
- Bessere Verzahnung Bildungs- und Gesundheitssystem
- Barrierearme Schulen und Schulgebäude
- Schule sollte insgesamt neu gedacht werden
- Blick auf Schulsysteme und deren Ausgestaltung in anderen Ländern

Offene Fragen:

- Sollte der Ort der Schulung hierbei evtl. derzeit sekundär betrachtet werden?
- Sollten Schulen zur Beschulung aller Kinder verpflichtet werden können?
-> als schwer umsetzbar diskutiert durch die im IST-Stand genannten Punkte

Appell:

Alle Beteiligten sind sich einig, dass es neben den langfristig benötigten Änderungen des Systems vor allem schnelle und kurzfristige Lösungen für die Kinder benötigt werden, die JETZT die Schule besuchen (sollten).



Offener Raum

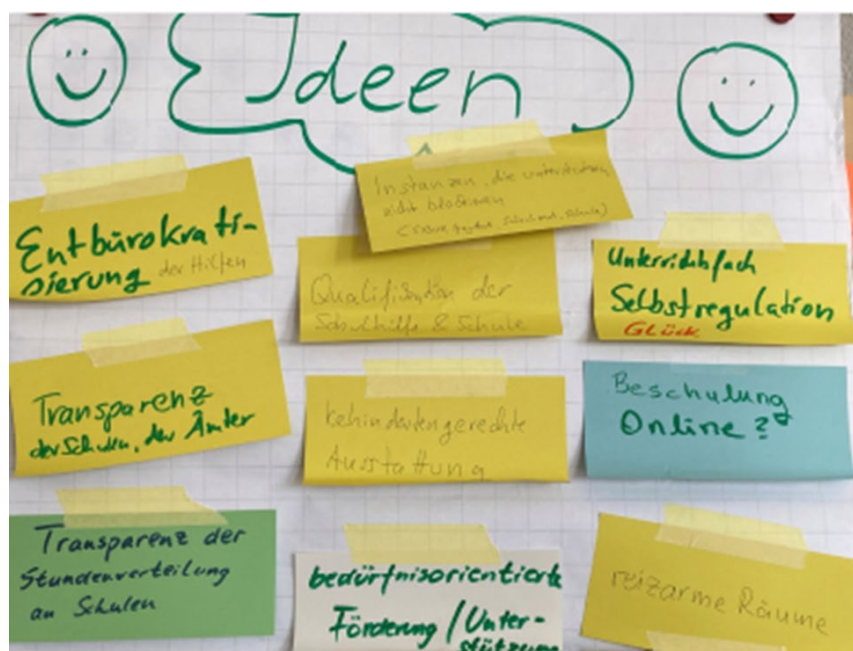
Moderation: Gesine Wulff und Peggy Hielscher, Bündnis für schulische Inklusion

Ideen:

- Entbürokratisierung der Hilfen
- Transparenz der Schulen, der Ämter
- Transparenz der Stundenverteilung an Schulen
- Teilhabeplanverfahren mit Schule durchführen



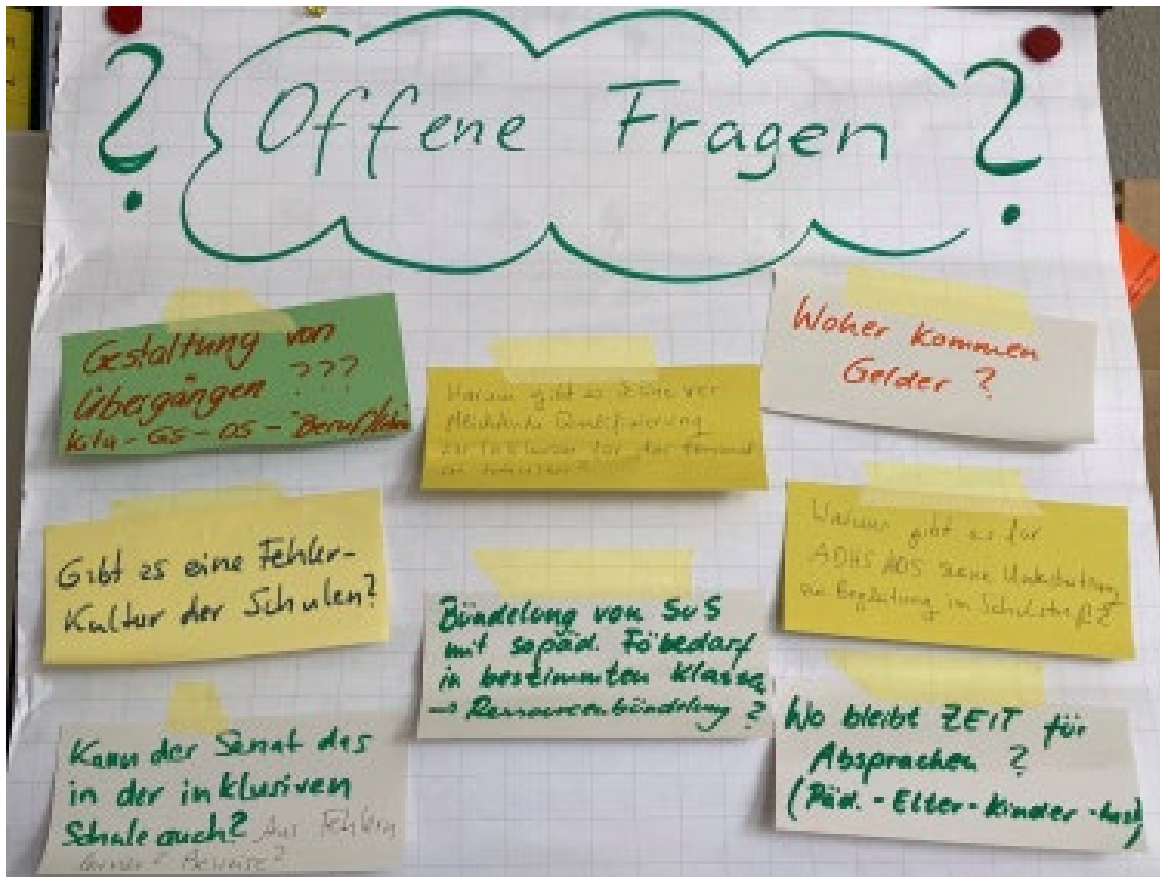
- Aufgeschlossenheit und Haltung aller pro INKLUSION
- Schulgesundheitsfachkräfte
- Quotenregelung, demokratische Schule
- Instanzen, die unterstützen, nicht blockieren (SIBUZ, JugAmt, Schulamt, Schule)
- Qualifikation der Schulhilfe und Schule
- Behindertengerechte Ausstattung
- Bedürfnisorientierte Förderung / Unterstützung
- Verlässliche Grundausrüstung (Primarstufe) muss wirklich verlässlich sein!
- Privatschulen sollen inklusive Schwerpunktschulen werden dürfen
- Übergang Schule – Beruf: Schulabschluss für Förderbedarf GE
- Bildung neu denken!
- Unterrichtsfach „Selbstregulation“, „Glück“
- Beschulung online?
- Reizarme Räume
- Teilungsräume / Ruhezone
- Rhythmisierte / individuelle Tagesstruktur
- Lebenspraktischer Unterricht bereits im Primarstufenbereich (alle Förderbedarfe)
- Stärken jedes Kindes BE-STÄRKEN





Offene Fragen

- Gestaltung von Übergängen: Kita – Grundschule – Oberschule – Beruf/Leben nach der Schule
- Gibt es eine Fehlerkultur der Schulen?
- Kann der Senat das in der inklusiven Schule auch? Aus Fehlern lernen? Beweise?
- Warum gibt es keine verpflichtende Qualifizierung zur Inklusion für das Personal an Schulen?
- Bündelung von Schüler:innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf in bestimmten Klassen – Ressourcenbündelung?
- Woher kommen Gelder?
- Warum gibt es für ADHS/ADS keine Unterstützung zur Begleitung im Schulstress?
- Wo bleibt Zeit für Absprachen? (Pädagog:innen – Eltern – Kinder – Institution)



Podiumsdiskussion

Moderation Silke Groth und Nils Groß

Teilnehmende:

- Klaus Jürgen Heuel, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jane Morgenthal, Eltern beraten Eltern e. V.
- Martin Prinz, Stephanus Stiftung
- Klaudia Kachelrieß, Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
- Thomas Kasper, Leitung Teilhabefachdienst Pankow (früher gegangen)
- Estin Ohm, Aktivist:in Autvocacy Empowerment für neurodivergente Personen

Aus den zuvor stattgefunden Themenecken wurden Anmerkungen und Fragen an die Moderation gegeben. Diese wurden im Laufe der Podiumsdiskussion den verschiedenen Teilnehmenden gestellt.

Es werden hier nur kurz die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion präsentiert. Dabei wurde versucht sich am Ablauf dieser zu orientieren. Themen, die von mehreren

Personen angesprochen wurden und teilweise nicht stringent in den Ablauf der Diskussion (zumindest in niedergeschriebener Form) passen, werden abschließend als „durchgängige/ weitere Themen“ gesammelt aufgeführt.

Frage 1:

- Schule muss als Lebensraum verstanden werden, indem den komplexen Lebenslagen begegnet werden muss.
- Das Bildungssystem muss neu gedacht werden.

Antworten:

Klaudia Kachelrieß

- Aktuell wird bei den Schularten nach Leistungen selektiert → Ist inklusive Beschulung so überhaupt möglich?
- Feste Verankerung der Selektion an Schulen (auch wenn einige Schulen versuchen, inklusiv zu arbeiten)
- Selektion im deutschen Bildungssystem auch durch UN-Fachausschuss festgestellt und negativ bewertet
- Bestehende Rhetorik von Bund und Ländern des Wunsches der Eltern nach selektierenden Förderschulen verschleiert die Entstehung des Wunsches, der darauf basiert, dass inklusive Bildungseinrichtungen in jetziger Umsetzung nicht funktionieren.
- Gesellschaftliche Überwindung dieser Selektion ist notwendig UND Pflicht des Bildungssystems zur inklusiven Beschulung
- Keine Schulplätze an inklusiven weiterführenden Schulen
- Ohnmachtsgefühle und Angst vor Diskriminierung führen eher zu Entscheidung der Beschulung an einer Förderschule
- „Wir haben systemisch viel zu tun und sollten weg von der Fürsorge kommen und uns in Richtung einer Logik des Empowerments und zu einer Logik des selbstbestimmten Lernens entwickeln“

Frage 2:

- Wird es ein berlineinheitliches Vorgehen oder übergreifende Regelungen auf die Kurz- oder Nichtbeschulung geben?

Antworten:

Klaus Jürgen Heuel

- Beide Optionen sind nicht berlineinheitlich geregelt, da sie nicht im System vorgesehen/ beabsichtigt sind
- Großes Problem: bislang fehlende Datenlage zu kurzzeit- oder nicht beschulten Kindern. Gründe hierfür somit auch nicht erfasst.
 - Ausblick: Hier soll es eine Änderung geben. Es sollen berlinweit Zahlen hierzu erhoben werden. Erhebung ist als Grundlage notwendig, um finanzielle Mittel und Ausgestaltung von Fachbereichen einzuschätzen.
 - Problem hier auch: Finanzen und politische Aufträge – wie in allen konkurrierenden Aufträgen im Bildungssystem
 - Hoffnung:
 - keine Regelungen für Kurzbeschulung nach Datenerhebung
 - Kurzbeschulung sollte es nicht geben dürfen
- Land hat Bildung nicht allein in der Hand – es geht auch um Leistungen aus dem SGB V (Leistungen der Gesundheitssysteme – Kranken- und Pflegekassen)
 - Landesrechnungshof hat Bildungsverwaltung zurecht untersagt, mit schulischen Person Leistungen aus dem SGB V zu erbringen
 - Es benötigt ein stärkeres öffentliches Gesundheitssystem
 - Wir benötigen ein organisiertes System, durch das Gesundheitsleistungen entweder durch private Dienstleister oder das öffentliche Gesundheitssystem in den Schulen erbracht werden.
 - Es muss für Eltern einfacher werden, Gesundheitsleistungen für ihre Kinder zu bekommen.
 - Aktuell: kein grundsätzlicher Wandel im Gesundheitssystem zu erkennen, derzeit viele private Leistungen
 - Es sollte ermöglicht werden, dass Gesundheitsleistungen im Verbund von Bildungsverwaltung und der Gesundheitsverwaltung organisiert.
 - Das muss vereinheitlicht werden.
 - Nennung des Beispiels bei Diabetiker:innen: Möglichkeit, dass Leistungen durch Schulhelfer:innen erbracht wird (sofern das Personal vorhanden ist) und das Geld der Bildungsverwaltung von den Krankenversicherungen (unter bestimmten Umständen) zurückerstattet wird.

- Regelung würde sich auch für Behandlungspflege anbieten
- Grundpflege darf durch pädagogisches Personal durchgeführt werden – Situation kann aber noch verbessert werden
 - hier wurde bereits ausgebildet und muss weiter ausgebildet werden
 - Fortbildungen wurden durchwachsen aufgenommen, Fokus auf Pflege wurde nicht immer verstanden, da sich Pädagog:innen z. T. nicht als pflegerisches Personal begreift

Antwort von Jane Morgenthal

- Zuständigkeitsaussage in Zusammenhang mit Gesundheitsleistungen ist üblich, geht so aber nicht.
- An welchen Stellen muss gemeinsam agiert werden, um im Land Berlin in allen Bezirken für alle Bereiche (Gesundheit, Schule und die Schnittstellen) übergreifende Regelungen zu erschaffen.
- Wenn der Bildungsverwaltung z. T. die Hände gebunden sind, sollte/ kann gemeinsam mit der Elternselbsthilfe nach Lösungen gesucht werden.
- Die Elternselbsthilfe unterstützt gerne, braucht aber auch eine Idee, in welche Richtung es gehen soll. Die Zuständigkeitsaussage ist nicht zielführend.

Frage 3:

- Schulhilfen und Schulassistenzen haben in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedliche Regelungen – können diese vereinheitlicht werden?

Antworten:

Thomas Kasper

- Thema bewegt die Teilhabefachdienste (THFD) insgesamt. Es fand ein Austausch mit Senatsverwaltung Bildung und Jugend statt, um das Thema Schulassistentz vereinheitlichen zu können. Lösung hierzu soll kommen.
- Definition von Schulassistentz noch nicht klar.
- Bei Zielgruppe der versorgungsintensiven Kinder greift i. d. R. eher die Schulhilfe (nicht die Schulassistentz). Das ist im Alltag für die THFD schwierig, Bedarf ist ebenfalls schwer zu ermitteln.
- Bsp.: nach Bedarfsermittlung des Schulhilfebedarfes war Bedarf nicht gedeckt, THFD wurde zur Aufstockung mit Schulassistentz angefragt. Wenn eine

abschließende Klärung damit endet, dass es einen höheren Bedarf gibt und dann eine neue Behörde mit einer eigenständigen Verwaltung dafür wieder einspringen soll, muss man sich fragen, wie viel Zeit es vorab gekostet hat, die Schulhilfestunden zu ermitteln, dann die THFD mit ihrer eigenen Prüfung wieder eingreifen, stellt man sich die Frage, ob das System greift.

- Es muss auf die Herausforderungen hingewiesen werden, die die langen Prozesse mit sich ziehen. Jede Woche, die vergeht, ist für die Leistungsberechtigten eine schlimme Zeit. Frustration ist hierbei nachvollziehbar.
- Bezug zur Präsentation von Jane Morgenthal: Schilderungen machen betroffen. THFD sind als einer von vielen Akteur:innen dafür mitverantwortlich.
- Das jetzige System funktioniert nicht und es gibt die Sorge, dass das kommende System mit der Schulassistenz neue Baustellen mit sich bringt.
- Für die THFD bedeutet die Prüfung der Schulhilfe/Schulassistenzstunden eine Hospitation, 1 Tag an der Schule. In Pankow gibt es nur 4 Teilhabeplaner, die Prüfung braucht Zeit. Das System muss einfacher werden für alle Beteiligten (THFD, Schule und Eltern).
- Derzeit entsteht das Gefühl eines Gegeneinanders.
- Senatsverwaltung für Finanzen fehlt heute, sollte bei einer Folgeveranstaltung vor Ort sein. Viele Ideen und Wünsche der THFD und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie werden hier gebremst. Der Blick in den Alltag der Familien (wie heute) würde auch der Senatsverwaltung für Finanzen einen Einblick geben und vielleicht eine Änderung herbeiführen.

Martin Prinz

- Phänomen der Nicht-Zuständigkeit ist ein Problem, was nicht von heute um morgen gelöst werden kann. Es handelt sich zum Teil um Bundesgesetze.
- Einige Schulen sind untereinander und mit EUTB und THFD gut vernetzt, haben BTHG Wissen und Kontakt zu Kinderbeauftragten der Pflegestützpunkte → holen sich fehlenden Expertise also ein.
- Es ist nicht zu erwarten, dass Schulen alle Gesetzesänderungen mitbekommen. Was jedoch zu erwarten wäre, ist, dass Schulen besser im Netzwerken werden.

- Wo funktioniert dies derzeit gut? Verweist auf Vorträge der Schulen am Vormittag.

Kludia Kachelrieß

- Vielleicht braucht es mehr Basisinformationen zu den Schwerpunkten der angrenzenden Bereiche (z. B. was macht ein THFD), um auch ein Netzwerk aufbauen zu können.
- Wichtig ist weg vom Zuständigkeits-Ping-Pong und hin zur Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und den Bedürfnissen der Schulen.

Nils Groß

- Die VK KiJu merkt jeden Tag, dass auch die Beratungsstrukturen vieles wie Hoheitswissen behandeln
- Viele Themen können nicht mehr bearbeitet werden, da die Schnittstellen nicht oder nur erschwert funktionieren, trotz bestehender Strukturen. Diese sind häufig nicht bekannt.

Fragen 4:

- Gibt es Strategien, um mehr Schulplätze zu schaffen und/oder mehr Fachkräfte zu gewinnen?
- Gibt es Pläne der Senatsbildungsverwaltung?
- Gibt es temporäre Bildungsangebote für Kinder, die derzeit verkürzt oder nicht beschult werden oder kann so etwas als Zwischenlösung geschaffen werden?
- Wo können sich Eltern hinwenden?

Antworten:

Klaus Jürgen Heuel

- Alle Kultusministerien haben Fachkräftemangel begriffen. Die Ausbildungskapazitäten an den Hoch- und Fachschulen wurden deutlich ausgeweitet. Man kann die berechtigte Hoffnung und Gewissheit haben, dass diese ausgebildeten Fachkräfte nach sechs Jahren auf dem Markt ankommen und für Entlastung sorgen.
- Es soll eine große Ausbildungsstätte für Gesundheitsberufe entstehen. Viele 1000 Gesundheitsfachkräfte werden hier ausgebildet.

- Fachkräftemangel kommt nicht nur von Fehlberechnung der Bedarfe, sondern auch falschen Vorhersehung des Bevölkerungswachstums. Derzeit werden viele neue Schulen gebaut – Berlin hat viele finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung gestellt.
- Unterscheidung zu Schulersatzmaßnahmen: keine Maßnahmen der Bildungsverwaltung, sondern der Jugendbehörde, weil sie Schule ersetzen.
- Maßnahmen der Bildungsverwaltung (wie Kleinklassen für verschiedene Förderschwerpunkte) sind KEINE Schulersatzmaßnahmen, sondern besondere schulische Konzepte
- Derzeitiges Angebot nicht genug: Es gibt viele Anfragen von Eltern, die verzweifelt sind und die Anfragen können nicht erfüllt werden.
- Entgegengesetzt gibt es Meinungen, die bisheriges Vorgehen (besondere Vorkehrungen, Klassenrat, ...) falsch finden.
 - Basisdiskussion
- Es gibt teilweise einen Spagat an Bedürfnissen und Meinungen und eventuell gibt es keinen Konsens hierüber.
- Ebenfalls kein Konsens über die Art und Anzahl der Maßnahmen (sollte es mehr oder weniger Maßnahmen geben). Nach Umsetzung der Inklusion sollte es diese nicht mehr geben.
- Dann sollte es auch keine Schulen mit sonderpädagogischem Schwerpunkt geben (wenn kein Bedarf da wäre, sollten diese geschlossen werden)
- Im Spannungsfeld, ob es genug Schulplätze gibt oder nicht, werden beide „Schulformen“ weitergeführt.
- Alle Regierungen (die ich bis jetzt erlebt habe) haben gesagt, dass ihnen der Elternwille sehr wichtig ist und die Leute nicht gezwungen werden sollen, wohlwissend, dass der Elternwille durch nicht genügend inklusive Schulplätze in der Fläche der Elternwille beeinflusst wird.
- Vorträge, in denen heute Vormittag die Schulen vorgestellt wurden, zeigen Schulen, die dies schon lange betreiben. In der Bildung dauert es i. d. R. lange, bis Neuerungen umgesetzt werden. Top-down-Versuche sind nicht erfolgsversprechend – man braucht motivierte Personen.

Martin Hoyer, stellvertret. Geschäftsführer Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin

- Wir haben heute Kinder, die ihren Rechtsanspruch auf Bildung in Berlin nicht erfüllt bekommen. Wir müssen sagen, dass wir weiter an einem guten Schulsystem arbeiten, das gruppenbezogen denkt, aber auch Lösungen für den Einzelfall finden.
- Es braucht Case Management für diese Einzelfälle. Die Eltern müssen unterstützt und die Beteiligten an einen Tisch geholt werden, um die Einzelfalllösungen zu finden, die wir hoffentlich irgendwann nicht mehr brauchen.

Silke Groth

- Heterogener Personenkreis mit verschiedenen Kindern, die individuell betrachtet werden müssen und für die es individuelle Lösungen braucht
- Erfahrungen aus der VK KiJu: Sondermaßnahmen können „gestrickt“ werden, der Aufwand hierfür ist sehr hoch. Maßnahmen zur individuellen Förderung und individuellen Wiedereingliederung sind schaffbar. Mehr solcher Maßnahmen und Möglichkeiten sind wünschenswert.
- Es benötigt hierfür finanzielle Mittel.
- Mit einer gemeinsamen Haltung wäre dies realistisch

Kludia Kachelrieß

- Schulgesundheitsfachkräfte sollten wegen des systematischen Ansatzes an den Bildungseinrichtungen weiter eingerichtet werden. Auch hier muss der Fachkräftemangel mitgedacht werden. Es bedarf jetzt jedoch Konzepte, damit Schulgesundheitsfachkräfte flächendeckend eingeführt werden könne.
- hierfür gibt es gute Beispiele, wie Schulen davon profitieren können.
- Es gibt nach wie vor die Notwendigkeit des individuellen Case-Managements. Beides kann ineinandergreifen.

Allgemeine Aspekte:

Aspekt der allgemeinen Notwendigkeit einer Systemänderung

Estin S. Ohm (in Bezug zu Jane Morgenthal)

- „Was kann jetzt getan werden?“ ist eine überfordernde Frage.

- hierbei ist wichtig: Was kann getan werden, damit Eltern entscheidungsfindend eingebunden werden.
- Bei aller Anerkennung der massiven Lücken und der Aussagen, was jetzt nicht gemacht werden kann, ist es wichtig zu benennen, welche Lösungen es jetzt gibt.
- Die Botschaften der Familien sind relativ klar, so wird Teilhabe nicht gefördert, manche Maßnahmen sind auch ungeeignet und haben schreckliche Folgen
- Frage an alle Vertreter:innen des Bildungssystems: Wie können gefährdende Wissenslücken geschlossen werden? Wir haben „Jetzt“-Themen und wir haben „Bald“-Themen. Was kann jetzt getan werden?

Kludia Kachelrieß

- Fachkräftemangel ist bekannt und Lösungsansätze im Hier und Jetzt sind nötig, wir haben heute viel über die Dinge gesprochen, die nicht funktionieren und über Lösungsansätze, die Komplexität der Situation verdeutlicht haben.
- Es gibt seit vielen Jahren den Index für Inklusion, durch den Schulen selbstständig beginnen können, sich inklusiv weiterzuentwickeln
- Schule muss als Dorf begriffen werden, viele Professionen sollten mit ihrer Expertise auf das Kind schauen, da sind wir nicht, wir können das so noch nicht leisten.

Martin Hoyer

- Die Diskussion ist verstehbar. Es ist auch verstehbar, dass das System Schule sagt, es ist ein Großsystem und dieses Großsystem muss funktionieren.
- Wir streiten darum, wie wir etwas aufbauen und wie wir eine gute Grundversorgung in der Stadt erreichen.
- Verweist auf Ansätze, die es hierfür gibt (wie bspw. Verfahrenslots:innen im SGB VIII ab 1.1.2024) und weist ebenfalls darauf hin, dass Land Berlin diese bisher nicht als Instrument ausgestaltet hat. Der Haushalt von Berlin sieht die notwendigen finanziellen Instrumente zum Systemausbau nicht vor.
- Es muss auf die Politik zugegangen werden, mit dem Hinweis, dass wir JETZT Lösungen brauchen.

- „Den Kindern, die es jetzt gibt, können wir nicht sagen, dass wir für die nächsten 10 Jahre auf einem guten Weg sind oder dass es in 5 Jahren viele Menschen geben wird, die jetzt in Ausbildungen sind.“

Aspekt des Kinderschutzes

Estin S. Ohm

- Was kann für Eltern getan werden, die mitteilen, dass junge Menschen nicht so funktionieren, wie die Schule das einschätzt. Hier vor allem: Was passiert, wenn das Schulsystem, Jugendamt etc. die Ursache hierfür bei den Eltern sieht und es als eine Kindeswohlgefährdung äußern.
- Welche Ressourcen können jetzt schon von Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden, bis in der Zwischenzeit eine bessere Regelung gefunden wird und Personen nicht im Namen von Teilhabeförderung in Maßnahmen gezwungen werden und oben genannte uninformierte Kindeswohlgefährdung nicht weiter festgestellt wird.

Silke Groth

- Kinder, die nicht in die Schule kommen, sind Thema für den Kinderschutz. Wenn die schulische Situation oder eine Entscheidung der Schule die Beschulung verhindern, wird die Polizei nicht in die Schule geschickt und klärt, dass das Kind wieder gehen darf
- Wir müssen die Haltung, Dinge möglich zu machen und im Einzelfall auch über Grenzen zu gehen, heute mitnehmen

Martin Prinz

- Der inklusive Kinderschutz ist gesetzlich verankert. Es wäre die Frage zu stellen, ob die Konzepte dem entsprechen

Fazit und Handlungsanforderungen

Der Fachtag hatte zum Ziel, die derzeitige Situation der Beschulung versorgungsintensiver Kinder in Berlin zu beleuchten und einen Austausch zwischen den verschiedenen Beteiligten anzuregen. Es sollten Herausforderungen und Bedarfe aufgezeigt und miteinander diskutiert sowie gemeinsam Ideen für den verlässlichen Schulbesuch dieser Schüler:innen entwickelt werden. Die große Resonanz auf die Veranstaltung, die Beiträge aus Wissenschaft, Versorgungspraxis, Schule und Familie sowie die engagierten Diskussionen zu spezifischen Fragen konnten zeigen, dass die Erfahrungswerte der Veranstalter:innen keine auf Einzelfällen basierenden Vermutungen darstellen:

Viele Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sind befristet oder dauerhaft vom Schulbesuch ausgeschlossen oder sie können nur stundenweise bzw. stark verkürzt die Schule besuchen, obwohl sie über einen Schulplatz verfügen.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig, ebenso die Auswirkungen, die diese Situation auf die Schüler:innen selbst und ihre Familien haben. Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet dies in erster Linie eingeschränkte soziale Teilhabe, Isolation und deutlich reduzierte Bildungsmöglichkeiten. Eltern müssen sich damit auseinandersetzen, dass ihre Kinder nicht kontinuierlich versorgt sind, was für sie zusätzliche Betreuungsleistungen in einem grundsätzlich angespannten Alltag und daraus resultierende verringerte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zur Folge hat. Zudem weisen sie auf meist nicht transparente bzw. ungeklärte Zuständigkeiten sowie unklare und komplizierte bürokratische Abläufe hin, mit denen sie sich in ihrem Bemühen um einen regelmäßigen Schulbesuch ihrer versorgungsintensiven Kinder auseinandersetzen müssen. Auch die Schulen sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, wenn sie Schüler:innen mit sehr spezifischen gesundheitlichen oder pädagogischen Bedarfen bilden, begleiten und versorgen sollen und diesem Auftrag aus unterschiedlichen Gründen nicht immer gerecht werden (können). Als gravierende Ursachen konnte der Fachkräftemangel in der Schule, fehlende räumliche und materielle Ressourcen, bauliche Barrieren und eine als unzureichend kritisierte Kooperation zwischen Bildungs- und Gesundheitssektor herausgearbeitet werden. Vor allem letztere erschwert bzw. verhindert eine gute

pflegerisch-medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die in ihrem schulischen Alltag auf kontinuierliche qualifizierte Leistungen dieser Art angewiesen sind. Auch für Schüler:innen mit erheblichem Unterstützungsbedarf im sozial-emotionalen Bereich sowie aus dem Autismus-Spektrum wurden spezifische pädagogische Bedarfe angemerkt, die aufgrund des fachlichen Fokus nicht vertieft, jedoch an anderer Stelle weiterbearbeitet werden sollten.

Auch wenn der Fachtag einer ersten Zusammenführung der unterschiedlichen Perspektiven diene, ließ sich aus den Diskussionen eine Vielzahl an spezifischen Handlungsbedarfen ableiten, von denen einige grundlegende nachfolgend skizziert werden sollen:

- 1. Fallzahlen und Hintergründe erheben:** Für Berlin liegen (ebenso wie für andere Bundesländer und Stadtstaaten) keine verlässlichen Fallzahlen zu den zeitweisen und dauerhaften Schulausschlüssen versorgungsintensiver Kinder und Jugendlicher vor. Um Veränderungen strukturiert und zielgerichtet initiieren zu können, müssen diese systematisch erhoben werden. Hierbei sollten neben der spezifischen Ausgangslage der Schüler:innen auch die Hintergründe aufseiten der Schulen und Versorgungsleistenden erfasst werden, um erschwerende bzw. verhindernde Rahmenbedingungen identifizieren und beseitigen zu können.
- 2. Schule neu denken:** Kinder und Jugendliche mit hohem Versorgungsbedarf konfrontieren Schulen mit Themen, die jenseits eines rein zielgerichteten, ökonomisch verwertbaren Bildungsverständnisses liegen. Um allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen adäquate Bildungsangebote im Kontext Gleichaltriger zu ermöglichen, müssen Sinn und Zweck von Schule überdacht und einem menschenrechtlich basierten, inklusiven Verständnis von Bildung folgend, angepasst werden. Hieraus müssen Rahmenbedingungen für Schule abgeleitet werden, für die Gesundheits- und Bildungspolitik gemeinsam Verantwortung tragen.
- 3. Zusammenarbeit und Finanzierung sektorenübergreifend konzipieren:** Die adäquate Bildung und medizinisch-pflegerische Versorgung benötigt die Kooperation von Fachkräften aus Pädagogik, Pflege, Medizin und Therapie. Diese muss verlässlich und hinreichend finanziert sein. Dafür gilt es, sektorenübergreifende gemeinsame Lösungen zu entwickeln, die einen Rückzug

auf singuläre Zuständig- und Verantwortlichkeiten verhindern. Orientierung gebendes Beispiel für solche Arrangements könnte die Komplexeleistung im Kontext der Frühförderung bieten. Solche Versorgungsarrangements in Schule müssen berlinweit einheitlich Gültigkeit haben. Die Schulen, Versorger:innen und Familien sollten bei der Entwicklung dieser Modelle einbezogen werden, um ihre vielfältigen Erfahrungen nutzbar zu machen. Die Versorgungsmodelle müssen trotz ihres einheitlichen Rahmens auf dem Hintergrund und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe des einzelnen Kindes umgesetzt werden. Dies erfordert eine konsequente Orientierung am Leitsatz der Personenzentrierung, wie sie auch im Bundesteilhabegesetz als Rechtsanspruch formuliert ist.

4. **Pädagogisches Personal qualifizieren:** Nicht alle versorgungsintensiven Schüler:innen sind auf examiniertes Pflegepersonal angewiesen. Für einfache grundpflegerische Leistungen sollte das pädagogische Personal in den Schulen im Rahmen ihrer Erstausbildung sowie berufsbegleitend qualifiziert werden. Solche Angebote müssen neben praktischen pflegerischen Elementen auch die Auseinandersetzung mit der Lebenssituation versorgungsintensiver Kinder und dem Verhältnis von Pflege und Pädagogik enthalten. Dies setzt auch voraus, Rolle und Funktion von Lehrkräften und Erzieher:innen im Hinblick auf Pflege weiterzudenken, öffentlich als berufsspezifisches Profilmerkmal zu kommunizieren und entsprechende Bildungsangebote zu entwickeln.
5. **Kurz- und langfristige Lösungen entwickeln:** Neben den aufgezeigten mittel- und langfristigen Strategien bedarf es kurzfristiger unbürokratischer Lösungen, um Kindern und Jugendlichen, die aktuell vom Schulbesuch ausgeschlossen sind, Teilhabe am schulischen Leben zu ermöglichen. Hierfür bedarf es in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (oder einem beauftragten qualifizierten Fachdienst) einer Anlaufstelle, an die sich Familien und Verantwortliche aus den Schulen wenden können, wenn die Wahrnehmung der Schulpflicht eines Kindes oder Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen gefährdet ist bzw. derzeit nicht ausgeübt wird. In diesen Fällen sollen mit den unmittelbar Beteiligten konstruktive Einzelfalllösungen entwickelt werden, die einen schnellstmöglichen und dauerhaften Schulbesuch absichern.

Impressum

Dieser Bericht ist als Dokumentation des Fachtags „Schule für wirklich Alle?! Beschulung versorgungsintensiver Kinder und Jugendlicher“ entstanden und wird von MenschenKind – Fachstelle für die Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Kinder herausgegeben.

Stand

Januar 2024

Autor*innen

Silke Groth, MenschenKind (menschenkind@hvd-bb.de)

Nils Groß, Björn-Schulz-Stiftung (n.gross@bjoern-schulz-stiftung.de)

Prof. Dr. Sven Jennessen, Humboldt-Universität zu Berlin (sven.jennessen@hu-berlin.de)

Laura Wendt, Humboldt-Universität zu Berlin (laura.wendt@hu-berlin.de)

Herausgeber

MenschenKind – Fachstelle für die Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Kinder

Wallstraße 61 – 65

10179 Berlin

Mail: menschenkind@hvd-bb.de

Tel.: 030 2345 800 00